

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Beilagen. Einzelnummer 5 Pfg.

# Volkswacht

Anzeigenpreise: Die 6 gelbdruckte Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gelbdruckte Reklamzeile 60 Pfg., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt  
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 53

Danzig, Dienstag den 5. Mai 1914

5. Jahrgang

### Der Königsberger Herzstreich vor dem Dreiklassenparlament

Am Sonnabend wurde im Dreiklassenhaus zunächst über die Ausgaben für die Universität Königsberg verhandelt. Genosse Braun kritisierte das Verhalten der Direktoren der Universitätsklinik in Königsberg anlässlich des Herzstreichs. Als eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen in Königsberg nicht zu erreichen war, stellten die Ärzte bekanntlich ihre Tätigkeit für die Kasse ein, und veranlassten die Direktoren der Universitätsklinik das Gleiche zu tun. Die Mitglieder der Krankenkasse fanden zwar noch Aufnahme in die Klinik, aber sie wurden nicht mehr „ambulatorisch“ behandelt, das heißt, sie durften die Klinik nicht zu Rate ziehen, wenn ihr Zustand nicht dazu angetan war, das Krankenhaus anzulassen. Dadurch wurden die Kranken just in der Zeit, in der die Privatärzte nicht praktizierten, zum Schaden ihrer Gesundheit geschädigt. Ueberhaupt ergriff die Regierung die Partei der Ärzte gegen die Mitglieder der Krankenkassen. Der Kultusminister hat das Verhalten der Direktoren der Universitätsklinik gebilligt. Dabei wäre es in Königsberg gar nicht zum Herzstreich gekommen, wenn die Königsberger Ärzte das von ihren eigenen Vertretern in Berlin abgeschlossene Abkommen nicht durchbrochen hätten. Dort war bekanntlich für strittige Fragen an den einzelnen Orten ein Schiedsgericht vorgeschlagen, dem die Königsberger Krankenkassen sich auch unterwerfen wollten, während die Ärzte darauf nicht eingingen. Genosse Braun führte aus:

Königsberg war bekanntlich eine der wenigen Städte, wo es den Krankenkassen nicht gelang, eine Einigung mit den Vertretern der Ärzteschaft über das neue Vertragsverhältnis, das am 1. Januar d. Js. in Kraft treten soll, zustande zu bringen. Die Ärzte stellten so exorbitant hohe Forderungen, daß ihre Erfüllung den Ruin der Kasse hätte herbeiführen müssen. Deshalb hat auch das Oberverwaltungsamt in Königsberg damals der Kasse das Recht zugesprochen, ihre Verpflichtung, den Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, durch Zahlung von Barleistungen an die Mitglieder gegenüber abzulösen. Die Ärzte haben damals die Verhandlungen mit den Krankenkassen mit dem Hinweis hingehalten, daß es notwendig sei, zentrale Abmachungen zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen zu treffen. Als diese zentralen Vereinbarungen nicht zustande kamen, hat das Reichsamt des Innern sich veranlaßt gesehen, eine Verhandlung mit den Vertretern der zentralen Körperschaften der Ärzteschaft und der Krankenkassen in Berlin anzubahnen und hier ist es im Dezember vorigen Jahres zu einem Abkommen gekommen, wonach die Honorarverhältnisse und die Zulassungsbedingungen für die Kassenpraxis an den einzelnen Orten zwischen den einzelnen Kassen und den örtlichen Ärzteschaften geregelt werden sollten. Sie ergabende Streitpunkte sollten durch eine Schiedskommission erledigt werden. Auf Grund dieses Abkommens wurde im Januar in Königsberg verhandelt, es kam, da die Ärzte ihre hohen Forderungen aufrecht erhielten, zu keiner Einigung und die Krankenkassen waren nun der Meinung, daß die Streitpunkte durch die in dem Abkommen vorgesehenen Schiedsinstanzen entschieden werden müssen. Aber die Ärzteschaft beschloß kurzerhand, das Abkommen beiseite zu schieben und einfach die Tätigkeit für die Kasse einzustellen. (Hört! hört! b. d. Sz.) Als dieser Beschluß der Kasse zugeing, hatten die Ärzte schon ihre Tätigkeit eingestellt und etwa 80 000 Personen waren bereits ohne ärztliche Versorgung. Die Ärzte hatten jedenfalls geglaubt, die Kasse auf diese Weise zu zwingen, ihre Bedingungen zu akzeptieren. Aber die Mitglieder der Kasse haben sich einige Tage ausgeholfen und als die Ärzte dann sahen, sie können mit ihrem rigorosen Vorgehen nicht durch, haben sie die Direktoren der Königsberger Universitätsklinik veranlaßt ebenfalls ihre Tätigkeit einzustellen und die ambulatoische Behandlung in den Kliniken den Kassenmitgliedern zu entziehen. Darin sehe ich einen Mißbrauch der Universitätsinstitutionen, die den Direktoren überantwortet sind. (Sehr richtig! b. d. Sz.) Bisher hatten die Kliniken gerade gewünscht, daß die Kassenverordnungen ihnen Krankheitsfälle zuweisen, weil sie solche im unterrichtlichen Interesse durchaus brauchen. Jetzt teilen sie mit, daß sie mit Rücksicht auf den Herzstreich, von Notfällen abgesehen, Kassenmitglieder nicht mehr ambulatorisch behandeln würden. Die Kasse hat sich sofort beim Minister und auch beim Kurator der Universität, dem Oberpräsidenten, über dies Verhalten der Direktoren beschwert. In der Antwort des Kultusministers wird die Entscheidung darüber, ob Kassenmitglieder in die Universitätskliniken aufzunehmen sind, dem pflichtmäßigen Ermessen des Direktors der Klinik überlassen. Die Regierung hat also hier Stellung genommen zugunsten der Ärzte. Wie sind es ja gewöhnt, daß die Regierung bei Streiks zu Gunsten der Arbeitgeber Stellung nehmen. Hier, wo es sich nicht um Herstellung von Bauwerken usw., sondern um Leben und Gesundheit von Menschen handelt, nimmt die Regierung Stellung zu Gunsten der Streikenden! Hätte der Minister korrekt gehandelt, so hätte er die Direktoren der Klinik angewiesen, wie bisher Krankenkassenmitglieder zu behandeln. Nach dem Schreiben des Ministers sollten in den Polikliniken Krankenkassenmitglieder nicht behandelt werden, weil es nicht unvernünftig Patienten seien, da die Krankenkasse für sie einzutreten verpflichtet sei. Bis dahin war es den Direktoren der Klinik sogar sehr lieb gewesen, wenn die Kassenverordnungen ihnen Patienten zuschickten. Ich hoffe, der Minister wird nach nochmaliger Prüfung der Sachlage anerkennen müssen, daß die Direktoren der Kliniken ihre Pflicht nicht getan haben, daß staatliche Institutionen zu denen auch die Krankenkassenmitglieder durch ihre Steuern beitragen müssen, in rein privaten Interesse der Ärzte mißbraucht worden sind. Ich hoffe, daß diese Erörterung dazu führen wird, daß in Zukunft sich die Kliniken von einer solchen Parteinarbeit für streikende Ärzte freihalten. (Bravo! b. d. Sz.)

Die Debatte ergab, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich der Fortschrittlichen Volkspartei es billigen, daß wissenschaftliche Institute den Klasseninteressen bürgerlicher Gruppen dienstbar gemacht werden. Drollig antwortete dem Genossen Braun der fortschrittliche Abgeordnete und Sanitätsrat Muggan. Dieser Herr erklärte es als bezeichnend, daß gerade die Sozialdemokratie den Universitätskliniken zumute „Streitarbeit“ zu verrichten und meinte, das stehe im Widerspruch dazu, daß die Sozialdemokraten sich entrüsten, wenn die Regierung Expediteuren Soldaten zur Verfügung stelle, wenn die Transportarbeiter, die „Ziehleute“, streiken. Herr Muggan meinte:

Wenn Transportarbeiter streiken und Militär zur Aushilfe geschickt wird, so entrüsten sich die Sozialdemokraten, daß der Staat Streikenden in den Rücken fällt. Hier verlangen sie, daß das königlich preussische Universitätsinstitut zu ungunsten der streikenden Ärzte Streitarbeit verrichtet. Im übrigen können diese Universitätskliniken als Lehranstalten nicht jeden Kranken aufnehmen, der gar kein wissenschaftliches Interesse hat. Ich bin dem Minister für seine Entwürdigung dankbar.

Die Genossen Braun und Hue fertigten den Sanitätsrat ausgedehnt ab, wie die Fortsetzung der Debatte bewies:

Abg. Braun (Soz.): Herr Muggan ist ja bekannt als energischer Vertreter der extremsten Forderungen der Ärzteschaft. Die Parallele des Abg. Muggan stimmt nicht. Wenn kein Umzug stattfinden kann, leidet keiner Schaden an seiner Gesundheit. Etwas ganz anderes ist es, wenn schwache Leute keine ärztliche Behandlung finden. (Sehr richtig! b. d. Sz.) Im übrigen haben wir uns stets nur dagegen gewandt, daß die Regierung bei Streiks überhaupt Stellung nimmt, während wir verlangen, daß sie sich in solche Lohnkämpfe nicht hineinmische. Dasselbe verlangen wir auch hier. Die Ausrede mit den Unterrichtszwecken paßt auch nicht, denn die Kassen haben nur verlangt, daß die Kassenmitglieder in derselben Weise wie bisher in den Kliniken behandelt werden.

Abg. Dr. Muggan (Wpt.): Wenn Leute gekündigt sind und aus der Wohnung heraus müssen, so sind sie in einer Notlage. Wenn Sozialdemokraten anerkennen, daß der Staat in solche Notlagen eingreift, dann müssen sie es auch für richtig halten, daß in dem erwähnten Falle Soldaten Streikarbeit verrichten. Uebrigens ist es nicht etwa so gewesen, daß Schwachranke keine Hilfe bekommen hätten; die sind trotzdem behandelt worden.

Abg. Hue (Soz.): Ich bin mit Herrn Muggan stets für die freie Arztwahl eingetreten, aus den Erfahrungen heraus, die wir mit dem Zwangsarztssystem gemacht haben. Also ich bin in diesem Fall objektiv. Aber ich muß doch sagen, der Vergleich des Herrn Muggan mit den Transportarbeitern stimmt nicht. Die Notlage des Umziehenden und des Kranken ist nicht auf eine Stufe zu stellen. Und bei dringenden Notlagen werden bei allen Streiks von den Gewerkschaften Leute abkommandiert. Interessant war übrigens, daß als Herr Muggan sich dagegen wandte, daß in Königsberg die Universitätsklinik Streikbedienstete leisten sollte, auf der rechten Seite Beifall ertönte. Das werden wir uns für die Zukunft merken. (Sehr gut! b. d. Sz.)

Abg. Braun (Soz.): Muggan sagte, von den Kliniken sei mehr verlangt worden als bisher, nämlich daß sie alle bettlägerigen Kranken aufnehmen sollten. Das ist nicht verlangt worden und kann gar nicht in Frage, weil durch die kommunalen Behörden für Krankenhausbearbeitung hinreichend gesorgt ist.

Auch das Alkoholkapitel findet bei den Universitäten Förderer. In Greifswald hatten königstreue, abstinenten Studenten eine Rede Wilhelms II. verbreitet, der sich in Würwid zu Seefeldten gegen den Mißbrauch geistiger Getränke ausgesprochen hatte. Dafür wurden die dem Alkoholgenuß feindsichtigen Studenten mit Verweisen und Karzer bestraft. Die Studenten sollen viel kneipen, damit Winzerereien, Gastwirte und Brauereien viel Geld verdienen. Auf die Wissenschaft wird von den Universitätsbehörden weniger Wert gelegt, wie auf den § 11. Genosse Hänisch verlangte mit Recht eine Reform des bestehenden Universitätsrechtes und führte aus:

Abg. Hänisch (Soz.) besprach die durch den Rektor der Universität vorgenommene Maßregelung von Studenten, deren „ganzes Verbrechen“ darin bestanden hat, daß sie für die studentische Abstinenzbewegung eingetreten sind und die gegen den Mißbrauch gerichtete Würwid-Kaiserrede verbreitet haben. Diese Studenten sind mit Verweisen, mehrtägigen Karzerstrafen usw. bestraft worden. Daß sich die Anwendung des mittelalterlichen Disziplinar-„Rechts“ bei Universitäten diesmal gegen stramm „nationale“ und königstreue Studenten richtete, macht die Sache besonders interessant. Der Vorgang beweist aufs neue die absolute Unhaltbarkeit des heutigen Universitätsrechtes, das einen hohen auf das alte Wort bedeutet „Frei ist der Bursch“. Im übrigen sollten die Universitätsbehörden statt der Bewegung gegen den Alkoholisimus auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten zu bereiten, diese Bewegung nach Kräften fördern. Auch hier könne sich die Regierung wieder einmal ein Beispiel nehmen an der Tätigkeit der Sozialdemokratie. (Sehr gut! b. d. Sz.)

Es lagen Anträge vor, einige neue Lehrstühle für osteuropäische und balkanische Geschichte einzurichten. Weiter wurde ein Staatszuschuß für die von der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften veranstaltete Sammlung der Quellen der Religionsgeschichte verlangt. Alle diese Anträge wurden der Unterrichts-Kommission überwiesen.

Es kam dann das Staatskapitel „höhere Lehranstalten“ an die Reihe. Hier sprach der konservative Abgeordnete v. Kessel sich gegen jeden Fortschritt aus; auch auf diesem Gebiet wollen die Konservativen alles beim alten lassen.

Bei den Fragen der Reform des höheren Schulwesens ist die Sozialdemokratie insofern interessiert, als wir durchaus wünschen, daß die höheren Schulen Musterschulen werden, die

nicht erst umgeändert zu werden brauchen, wenn sie einst dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden. Die Konservativen wollen aber den Jünglingen der höheren Schulen keine umfassende Bildung verschaffen, sondern nur brauchbare Pfaffen und Beamte dort heranzüchten.

Am Montag wird die Debatte über die höheren Schulen fortgesetzt werden.

### Die französischen Wahlen

Das Ergebnis des ersten Wahlganges.

Am Sonntag den 26. April fanden bekanntlich die französischen Wahlen statt; der zweite Wahlgang fand am 3. Mai statt. Wenn kein Kandidat mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen bekommen hat, findet ein zweiter Wahlgang statt, aber keine Stichwahl wie in Deutschland. Im zweiten Wahlgang sind noch einmal Stimmen für jeden benötigten Kandidaten gültig. Gewählt ist dann nur mehr Stimmen als jeder einzelne seiner Gegner bekommen hat.

Nach dem endgültigen Resultat des ersten Wahlganges der Kammerwahlen sind gewählt worden: Konservative 32, Action libérale 27, fortschrittliche Republikaner 54, Republikaner der Linken 52, radikale Republikaner 27, sozialistische Radikale 11, geeinigten sozialistischen Republikaner 89, sozialistische Republikaner 17, geeinigten Sozialisten 10. Demnach sind 349 Abgeordnete endgültig gewählt. — In dem zweiten Wahlgang von Martinique ist das Resultat der Wahlen nicht veröffentlicht worden und die Akten werden der Kammer übersandt werden. 252 Stichwahlen müssen stattfinden. Die Konservativen gewinnen 5 Sitze, davon einen neugeschaffenen. Die Action libérale gewinnt vier Sitze, davon einen neugeschaffenen, und verliert 3 Sitze. Die Prozeffiten gewinnen 7 Sitze, davon einen neugeschaffenen, und verlieren 8. Die Republikaner der Linken gewinnen 12 Sitze und verlieren 10, die radikalen Republikaner gewinnen 2 und verlieren 7 Sitze, die sozialistischen Radikalen gewinnen 4 und verlieren 3 Sitze, davon einen durch Abschaffung; die geeinigten sozialistischen Radikalen gewinnen 12 und verlieren 15 Sitze, einen ebenfalls durch Abschaffung. Die sozialistischen Republikaner verlieren 3 Sitze, die geeinigten Sozialisten gewinnen 5 Sitze und verlieren einen.

Die Konservativen vertreten die Interessen der Großgrundbesitzer, die „Action libérale“ die der katholischen Geistlichen, die fortschrittlichen Republikaner vertreten das Industriekapital, die Republikaner der Linken das Finanz- und Handelskapital, die radikalen Republikaner das Bauern- und Kleinbürgertum, die sozialistischen Republikaner die Ärzte und Rechtsanwälte. Die sozialistischen Radikalen bilden eine zwischen Proletariat und Bourgeoisie umstehende Gruppe meist gebildeter Proletarier. Die geeinigten Sozialisten sind die Partei des französischen Proletariats.

### Politische Tagesübersicht.

Deutschland

Berlin, den 2. Mai. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Wahl des konservativen Grafen v. Schwerin. Gegen die Wahl ist von liberaler Seite ein Protest eingelegt worden. Von den Konservativen liegt ein Gegenprotest vor. Graf v. Schwerin wurde im pommerischen Reichstagswahlkreise Demmin-Anklam im ersten Wahlgange mit 8366 Stimmen gewählt. Für den Fortschrittler wurden abgegeben 4814, den Sozialdemokraten 1625 und den Nationalliberalen 1176 Stimmen. Der liberale Protest behauptet, in einer Reihe von Orten seien gar keine Wählerlisten ausgelegt worden. Jeder Versuch, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, war vergeblich. Nach weiteren Behauptungen wurden konservative Stimmzettel im Wahllokal verteilt, von Besitzern im Wahlvorstand Nebenlisten geführt, die Wähler von Wahlvorstehern in konservativen Sinne beeinflusst u. a. mehr. Die Isolierzellen sollen nicht überall in Ordnung gewesen sein. In einem Wahlbezirk war der Nachwächter beauftragt, in der Isolierzelle konservative Stimmzettel zu verteilen. In der Stadt Demmin sollen den herangezogenen Wählern gleich amtliche Wahlkaverts mit dem Stimmzettel des Grafen Schwerin in die Hand gedrückt worden sein. Natürlich sind auch in diesem ostelbischen Wahlkreise von konservativer Seite Schnaps, Bier und Zigarren in Massen gratis an die Wähler verabfolgt worden. Die Kommission beschloß über die Protestbehauptungen Beweis erheben zu lassen.

— Die Petitions-Kommission des Reichstags verhandelte am 1. Mai über eine Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins Sitz Berlin. Die Ein-

# Deutscher Reichstag

Am Bundesratssitz: Kommissare, nachher Köln.  
21. Sitzung, Sonnabend, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr.  
Eingetragen ist die Denkschrift über die Enteignung der

Grundbesitzer werden einige Vermögensgegenstände und eine größere Anzahl Immobilien erledigt, sowie die Wahl des Hrn. Bruchhoff (Wp) für gültig erklärt.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines  
Rechtswetzelgesetzes.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Rechtswetzelgesetz: Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus. **Rechtswetzelgesetz:** Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus. **Rechtswetzelgesetz:** Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Hr. v. Helld (Wp.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

des Rechtswetzelgesetzes und der Achtung vor dem Rechte nicht förderlich sein, wenn ein Strafgesetz lediglich in allgemein bekannter Weise und unter Mithilfe selbst angelegener Volkskassen ungestraft übertrieben werde, dadurch werde die Achtung vor Recht und Gesetz untergraben. **Als ich das las, glaubte ich, die Begründung zu einem neuen Unzulässigkeitsgesetz zu lesen. (Heiterkeit.)** Hauptsächlich wird die Begründung wertlos in eine derartige Vorlage überkommen, die uns demnach gebracht wird, und die von größerer Bedeutung sein würde, als das Rechtswetzelgesetz, die sich aber vielleicht mit denselben Kreisen befassen würde. (Lebhaftes Geklapper h. d. Sp.)

Hr. v. Helld (Wp.): Die Wege der deutschen Gesetzgebung sind munterbar. 1905 wurde das Buchmachergeheimnis durch Strafe verboten, jetzt sollen literarisch-deutsche prüfungsgeprüfte Buchmacher geschaffen werden. Immerhin sind wir bereit, dieses Gesetz noch in dieser Session zu beschließen, wenn dasselbe mit der Vollstreckungsanordnung und dem Gesetz für die Alpenländer geschieht. (Beifall im Zentrum.)

Hr. Dr. Neumann-Hofer (Wp.): Der Kampf der Gesetzgebung gegen die Buchmacherwelt hat sich als nergeblich erwiesen, deshalb soll jetzt der Weg mit der Konzessionierung der Buchmacher beschritten werden; eine Vereinerung unserer Volkswirtschaft wird das kaum sein. Bei der weiteren Behandlung dieses Gesetzes werden meine Freunde sich von dem Wunsch leiten lassen, die Vereinerung der Weltweise nach Möglichkeit einzubäumen, aber auch die heimische Wirtschaft zu heben. (Beifall h. d. Sp.)

Hr. v. Helld (Wp.): Der Wettbewerb gehört ja nicht zu den erfreulichen Erscheinungen, aber mit Strafen ist ihm nicht beizukommen; das Gesetz zeigt einen ganzbaren Weg, ihn in vernünftige Bahnen zu lenken.

Hr. v. Helld (Wp.): Meine Freunde werden ihre Stellung zu dem Entwurf davon abhängig machen, ob es gelingen wird, das Gesetz so zu schaffen, daß die Wettweise dadurch eingeschränkt und nicht erweitert wird.

Hr. v. Helld (Wp.): Trotz der sehr erheblichen Bedenken gegen das Gesetz soll es erledigt werden, weil sonst auch die Besetzungsanfrage nicht erledigt werden soll. Der Reichstag wird dadurch in eine Zwangslage versetzt, es wird uns gesagt: Freß, Vogel, oder stirb. Wie lange der Reichstag sich eine solche Behandlung gefallen lassen wird, ist Sache des Reichstags. Ich erhebe jedenfalls meine warnende Stimme dagegen.

Die Beratung schließt. Der Entwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Konkurrenz-Konkurrenzgesetz). — Schluß 12 1/2 Uhr.

## Immer wieder Rüstungsbege

J. K. Sollte es wirklich harmlose Gemüter gegeben haben, die hofften, mit der gewaltigen Militärvorlage des vergangenen Jahres würde für einige Zeit wenigstens der Heißhunger des Militarismus gestillt sein. In sind diese politischen Analphabeten bereits heute arg enttäuscht. Ehe noch die Millionen aufgebraucht sind, setzen die Rüstungsanaiter mit erneuertem Elser ihre Wühlerei fort.

Man heißt dem deutschen Michel tüchtig ein, indem man den „Krieg nach zwei Fronten“ als unausbleiblich hinstellt, wozu die gereizte Stimmung in Rußland die schönste Gelegenheit bietet. Dabei wird das wihlose Spiel der Zahlenspieler getrieben, indem man herausrechnet, daß Deutschland bereits wieder von seinen Rivalen, Frankreich und Rußland überflügelt sei. Als es darauf ankam, die letzte Militärvorlage durchzubrüden, hieß es, die Forderungen seien zwar groß, aber mit ihrer Bewilligung werde ein Zustand geschaffen, bei dem Frankreich angesichts des Stillstandes seiner Volkswirtschaft nicht mehr mithöme. Jetzt geht den Schlaubergeren ein Talglicht auf: durch die gewaltigen Rüstungen Rußlands ist das Kräfteverhältnis zwischen Dreibund und Zweibund zugunsten des letzteren verschoben worden. Das war indessen vorauszu sehen und es wird so bleiben: jede weitere Vermehrung der deutschen Armee festigt das unnatürliche Bündnis zwischen Frankreich und Rußland. Und daß Rußland mit französischem

gabe fordert die Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung Titel VII auf Arbeiter, Gehilfen, Schülern, Lehrlinge und Arbeiter in Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben. Ferner sollen landesgesetzliche Bestimmungen über den Dienstvertrag des Kindes und der landlichen Arbeiter für das Arbeitspersonal von Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben aller Art, d. h. auch solchen, die nicht Erwerbszwecke dienen, außer Kraft gesetzt werden. Ordlich sollen die Bestimmungen im § 105 Abs. 1 der Gewerbeordnung — Arbeit an Sonn- und Festtagen — für Gärtnerei- und Gartenbaubetriebe zur Anwendung kommen. Eine Eingabe des deutschnationalen Gärtnerverbandes stellt mit Ausnahme der Bestimmungen über Kinderschutz und Sonntagsruhe die gleichen Forderungen. Der Verband Deutscher Privatgärtner (Stb Düsseldorf) fordert, daß die Rechtsverhältnisse und das Verhältnissen in den Betrieben der gesamten Gärtnerei einheitlich geregelt wird. Der Versicherungsvertreter lehnte eine ausnahmslose Unterstellung der Gärtnereibetriebe deshalb ab — weil eine strenge Unterordnung zwischen Gärtnereibetrieb und Landwirtschaft nicht zu haben ist. Vom Abgeordneten Behrens und vom Genossen Bros wurde für alle Eingaben Ueberweisung zur Berücksichtigung beantragt. Gegen die Gründe, die für diese Anträge angeführt, wandten sich die Zentrumsmitglieder Hrn. Wollenborn, der Nationalliberale Strauß, und der Fortschrittler Hegner mit den vorgedachten Redensarten. Der Antrag Ueberweisung zur Berücksichtigung wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Zentrumsmitglieder abgelehnt. Ueberweisung zur Erwägung wurde beschloffen.

— **Verteuerung des Zwischendeckelstoffs auf den Seebampfern.** In Köln verhandelten dieser Tage die Vertreter der Seeschiffahrtsunternehmungen aller Länder, um sich über die Tariffrage zu einigen. Da mit den kanadischen Linien eine Einigung unendlich war, sind die Verhandlungen einseitig abgebrochen und auf den 5. August in London vertagt worden. Inzwischen sind die europäischen Linien übereingekommen, die Zwischendeckelstoffs sofort auf 150 Mark für Schnelldampfer und 140 Mark für die übrigen Dampfper zu erhöhen.

Also darüber war man sofort einig, daß die Proletarier, die auf See fahren müssen, die sich keine Fahrkarte zweiter oder gar erster Klasse leisten können, noch mehr wie bisher bezahlen sollen. Für viel Geld sollen sie weiter in drangvoller fürchterlicher Enge transportiert werden, während die Schiffe für die Passagiere erster Klasse in schwimmende Vergnügungspaläste vornehmsten Stils verwandelt werden.

— **Besuch bei Balkin.** Am Sonntag fand die feierliche Besichtigung des „Vaterland“, des größten deutschen Handelschiffes, in Hamburg statt. Das Schiff gehört der Hamburg-Amerika-Linie, deren Direktor der Millionär Balkin ist. Zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats gehört der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Hecker. Mehrere Minister waren erschienen. Der Reichstag war eingeladen, sämtliche bürgerliche Parteien hatten angenommen; die Sozialdemokratie hatte dankend abgelehnt.

## Sürtei

— **Glückliche Landung zweier Militärflieger.** Am Freitag sind die beiden türkischen Militärflieger auf ihrem Flug Konstantinopel—Alexandrien von Beirut abgelandet und in Jerusalem gelandet.

## Die Götter dürsten

Tomau aus der französischen Revolution von Anatole France

27)

Als der Gerichtsdienner den Gerichtshof meldete, erschienen drei Richter auf einer kleinen Estrade und nahmen vor einem grünen Tische Platz. Sie trugen Hüte mit Kokarden und großen schwarzen Federn und die Umtrabe mit einem Band in den Nationalfarben, von dem eine schwere silberne Medaille auf ihre Brust herabhängte. Vor ihnen, zu Füßen der Estrade, sah der Vertreter der Anklage in der gleichen Tracht. Der Gerichtskleiber nahm zwischen dem Richterisch und dem leeren Stuhl für den Angeklagten Platz. Die drei Richter erschienen Gamelin heute anders, als sonst. Schöner, würdiger, hochgebender, obwohl sie sich swanglos benahmen, in schwarzen blattierten, einen Gerichtsdienner riefen oder sich zurückzuziehen, um eine Urkunde von einem Geschworenen oder einem Beamten entgegenzunehmen.

Ueber den Richter hing die Tafel mit der Verkündung der Menschenrechte, rechts und links von ihnen, an den mauerartigen Mauern, waren die Büsten von Maras und Le Peletier angebracht. Gegenüber der Geschworenenbank, im Hintergrund des Saales erob die Tribüne für das Publikum. Frauen hatten die erste Reihe inne, blond, brünett oder grau, mit hoher Spigenhaube, deren Bänder ihre Wangen verhielten. Auf ihren Seiten, der nach der Tagesmode uppig herbeizutragen, kreuzte sich ein weißer Schal oder spannte sich der Saug einer blauen Seidenge. Sie verhielten die Arme auf der Brüstung der Tribüne. Hinter ihnen sah man auf den dünn belegten Stufen die Bürger in ihrer mannigfachen Tracht, die den damaligen Verfassungen ein phantastisches, mauerliches Aussehen gab. Rechts an der Eingangsseite hieß eine Holztribüne, hinter der die Stehpöste für die Zuschauer waren. Heute kamen nicht viele. Der Saal, den diese Session des Gerichtshofes zu entscheiden hatte, interessierte nur wenige; bei den anderen Sessionen, die zu gleicher Zeit Sitzung hatten, mußten sich wohl aufregendere Dinge zutragen.

Das berühmte Gamelin etwas; denn sein Herz, das sich zu schlagen anordnete, hatte den glühenden Durst eines armen Mannes, der nicht ertragen. Sein Blick haarte an den gemauerten Säulen; er bemerkte die Waize im Ohr des Gerichtskleibers, einen Unkenntnis auf den Alten des Vertreters der Anklage. Wie durch eine Lupe erkannte er die gemauerten Säulen der gemauerten Säulen, die aus einer Zeit stammten, wo jeder Begriff der armen Zukunft verloren war und die Säulenköpfe mit Vergierungen von Ruffeln und Stecheln geschmückt wurden. Aber immer wieder schweiften seine

Blicke zu dem altmodischen Lehnstuhl des Angeklagten mit seinem roten, abgerundeten Rückenstuhl und seinen vom Alter geschwärtzten Armlehnen. Bewaffnete Nationalgardien hielten alle Ausgänge besetzt.

Endlich erschien der Angeklagte, von Grenadieren geführt, aber ungeeffelt, wie das Gesetz es vorschrieb. Es war ein Mann in den Fünfzigern, hager, braun, kahlköpfig, mit heißen Wangen und dünnen, bläulichen Lippen. Er trug einen rotbraunen Rock aus der alten Zeit und hatte offenbar Fieber, denn seine Augen leuchteten wie Rotfunken und seine Baden glänzten wie geschweißte. Er nahm Platz, kreuzte die Beine, die auffällig mager waren, und umspannte die Arme mit seinen großen knöchigen Händen. Er hieß Marie Adolph Guillergues und war wegen Unterschleifs bei den öffentlichen Lieferungen angeklagt. Die Anklage legte ihm zahlreiche und schwere Vergehen zur Last, von denen aber keines klar bewiesen war. Beim Verhör leugnete Guillergues die meisten Straftaten und lenkte die übrigen zu seinen Gunsten aus. Er sprach deutlich, kalt und merkwürdig gelächelt und erweckte den Eindruck von einem, mit dem man nicht gern Geschäfte macht. Auf alles hatte er eine Entgegnung. Stellte der Richter ihm eine peinliche Frage, so blieb sein Gesicht kalt und seine Worte bestimmt; nur seine beiden auf dem Anie gestützten Hände krampften sich answoll zusammen. Gamelin merkte es und flüsterte seinem Nachbar, einem Maler, ins Ohr:

„Sehen Sie nur seine Daumen!“

Der erste Reuge, der vernommen wurde, befestigte ihn schwer. Auf ihn trügte sich die ganze Anklage. Die nach ihm aufgerufenen Zeugen hingegen sagten zu seinen Gunsten aus. Der Vertreter der Anklage wurde heftig, erging sich aber nur in unbestimmten Worten. Die Rede des Verteidigers klang treuherzig und gewann dem Befragten die Sympathie, die er sich selbst nicht zu erringen vermochte. Das Verhör ward abgebrochen und die Geschworenen zogen sich ins Beratungszimmer zurück. Dort schieden sich die Meinungen nach einer wirren und dunklen Debatte in zwei fast gleich starke Gruppen. Auf der einen Seite die Gleichgültigen, die Lauen, die Klugredner, die keine Leidenschaft besaßen, und andererseits die, welche sich vom Gefühl leiten ließen, die für Vernunftgründe kaum zugänglich waren und nur mit dem Herzen richteten. Die verurteilten hieß: das waren die Guten und Lauteren. Sie dachten nur an die Rettung der Republik und sorgten sich nicht um das übrige. Ihr Benehmen machte einen tieferen Eindruck auf Gamelin, der sich mit ihnen eins fühlte.

„Dieser Guillergues“, dachte er, „ist ein geschickter Spießhube, ein Verbrecher, der auf die Fourage unserer Kavallerie spekuliert hat. Ihn freizusprechen, heißt einen Verräter entläutern und seinen Willen lassen, heißt das Vaterland verraten und das Heer dem

Republik auf ihren stolpernden Gängen von den feindlichen Säbeln niedergehauen. . . . Doch wenn Guillergues unschuldig war? . . .

Blöhhlich dachte er an Jean Blaise, der auch wegen Unterschleifs bei den Armeelieferungen angeklagt war. Und wie ihn und Guillergues gab es gemiß manchen, der die Niederlagen herbeiführte und die Republik dem Untergang weihete! Man mußte ein Exempel statuieren! . . . Doch wenn Guillergues unschuldig war? . . .

„Wir haben keine Beweise.“ sagte Gamelin laut.

„Man hat nie Beweise.“ entgegnete achselzuckend der Obmann der Geschworenen, einer von den Gesinnungsvollen.

Die Abstimmung ergab sieben Schuldsprüche und acht Freisprüche. Die Geschworenen kehrten in den Gerichtssaal zurück und die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Die Geschworenen mußten ihr Urteil begründen, und so sprach denn ein jeder vor dem leeren Lehnstuhl des Angeklagten, die einen weisheitsweisig, die anderen einsilbig; manche redeten unverständliches Zeug.

Als die Reihe an Gamelin kam, stand er auf und sagte: „Entzieht man den Verteidigern des Vaterlandes die Mittel zum Siege, so ist das ein großes Verbrechen, das büßige Beweise erheischt. Die aber haben wir nicht.“

Der Angeklagte wurde mit Stimmenmehrheit freigesprochen.

Guillergues wurde wieder vorgeführt, von dem wohlwollenden Muzeln der Zuschauer begleitet, das ihm keine Freisprechung verkündete. Er war wie verwandelt. Die Härte seiner Züge war gemichen, seine Lippen hatten ihre Spannung verloren. Er sah ehrwürdig aus; seine Mienen kündeten Unschuld. Der Präsident verlas mit bewegter Stimme das freisprechende Urteil; die Zuschauer brachen in Beifall aus. Der Gendarm, der Guillergues vorgeführt hatte, schloß ihn in seine Arme. Der Präsident rief ihn heran und gab ihm den Bruderkuß. Auch die Geschworenen umarmten ihn. Gamelin meinte heiße Tränen . . .

Am Hofe des Justizpalastes, von den letzten Sonnenstrahlen beleuchtet, roogte eine lärmende Menge. Die vier Sektionen des Revolutionstribunals hatten am letzten Tage dreißig Todesurteile verhängt, und auf den Stufen der Haupttreppe hatten Tausende und warteten auf die Abfahrt der Hinfahrt. Als Gamelin in den Schwarm der Geschworenen und Zuschauer die Stufen hinabstieg, sah und hörte er nichts, als sein gerechtes und menschliches Urteil, und er beglückwünschte sich selbst, daß er die Unschuld erkannt hatte. Auf dem Hofe wartete sich Elodie, weiß gekleidet, unter Tränen lächelnd, in seine Arme und blieb ohnmächtig darin liegen. (Fortsetzung folgt.)

## Aus Westpreußen Parteitag für Westpreußen

Der diesjährige Parteitag findet Sonntag den 14. Juni 1914 in Elbing im Volkshaus, Holzstraße 4, statt. Die Verhandlungen beginnen pünktlich 10 1/2 Uhr vormittags.

### Tagesordnung:

1. Politische Aus- und Ausblicke. Referent ein Mitglied des Parteivorstandes.
2. Bericht des Provinzvorstandes. Berichterstatter Julius Gehl.
3. Die Presse. Berichterstatter Adolf Partel.
4. Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung. Berichterstatter Georga Leu.
5. Anträge.

- Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:
1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Ortsvereinen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern ein Delegierter, bis 200 zwei, bis 300 drei, bis 600 vier, bis 1000 fünf, über 1000 für je 200 ein Delegierter. Die Vertretung richtet sich nach der vom Provinzvorstand auf Grund der an ihn abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein;
  2. die Mitglieder des Provinzvorstandes;
  3. die Reichstagsabgeordneten oder Reichstagskandidaten der Provinz;
  4. ein redaktioneller und ein geschäftlicher Vertreter der Volkswacht;
  5. Vertreter des Parteivorstandes;
  6. die vom Provinzvorstand berufenen Referenten.

Die Kosten für die Delegierten tragen die Ortsvereine. Auf Antrag kann der Provinzvorstand die Kosten für einen Delegierten jenseits Ortsvereine übernehmen, die nicht umstände sind, die Kosten zu tragen.

Die Kosten für die übrigen Teilnehmer tragen die Instanzen, die sie delegieren.

Anträge zum Parteitag sind spätestens zwei Wochen vor dem Parteitage dem Provinzvorstand einzureichen.

Delegierte, die in Elbing übernachten wollen, wenden sich an den Genossen Hermann Schulz, Elbing, Herrnsstraße 26.

Der Provinzvorstand.  
J. M.: Julius Gehl.

## Elbing-Marienburg

### Ziefesche Arbeiter- und Lehrerfreundschaft.

Die Firma Ziefe hat mit Zirkularen und Protokollen so üble Erfahrungen gemacht, daß ihr die Klugheit eigentlich gebieten sollte, vorsichtiger zu werden. Es gibt jedoch

Menschen, die nie lernen, und der Firma Schichau geht das anscheinend ebenso. Um gegen eine Verlegung des Elbinger Fortbildungsschulunterrichtes Stimmung zu machen, verfaßte sie vor kurzem an die Elbinger Innungen nachstehendes Zirkular:

Aus der gestrigen Nr. 75 der Elbinger Neuesten Nachrichten bezw. der heutigen Nr. 65 der Elbinger Zeitung entnehmen ich die Mitteilung, daß Sie für eine Früherlegung des Fortbildungsschulunterrichtes und zwar auf die Zeit von 6-8 anstatt 7-9 Uhr abends plädieren.

Ich beziehe mich zunächst auf meine Ihnen bereits am 9. Dezember v. Js. gemachten Ausführungen, die ich noch durch folgendes ergänze:

Ich habe bisher den großen industriellen Vereintigungen die Elbinger Fortbildungsschule, in welcher die Lehrlinge des Abends unterrichtet werden, als eine ganz vorzügliche und mustergültige Einrichtung bezeichnen können, vor allem auch deshalb, weil ihre Leitung auf die berechtigtesten Wünsche von Handwerk und Industrie hin Rücksicht genommen hatte und sich bisher nicht durch das den Wünschen der unterrichtenden Lehrer entgegenkommene Vorgehen anderer Städte betreten ließ, wo die Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe sich augenscheinlich gegen die nicht in ihrem Interesse liegende Maßnahme indifferent verhielten bezw. sich nicht zur Wehr gesetzt haben oder von den an einer Früherlegung des Schulunterrichtes interessierten Kreisen in ihrem Sinne entsprechend bearbeitet worden sein mögen, wie ja auch hier in Elbing die Möglichkeit angedeutet wurde, durch persönlichen Besuch bei den einzelnen Handwerksmeistern, entgegen den deutlich ausgedrückten Wünschen derselben, doch noch eine Früherlegung des Fortbildungsschulunterrichtes zu erzielen.

Wenn heute in der Provinz Westpreußen nur in Elbing und Neustadt auf die Verhältnisse in Industrie und Handwerk in dieser Hinsicht noch ein größeres Gewicht gelegt wird als auf die Wünsche der Lehrerschaft, den Schulunterricht des Abends früher zu schließen, und diese beiden Städte somit nach ihren Darlegungen in der Frage des Fortbildungsschulunterrichtes am Abend eine Ausnahme bilden, so verdient dies alle Anerkennung und sollte nicht bekämpft werden.

Unbestritten ist, daß der Wunsch, die Unterrichtszeit an der städtischen Gewerbeschule früher zu legen, von der Lehrerschaft ausgeht und auf diesbezügliche Anregung noch von solchen Gewerbetreibenden oder Privatpersonen unterstützt wird, die keine Lehrlinge beschäftigen; ausgeschlossen ist aber, daß derartige Anregungen von den Innungen ausgehen; denn die Innungsmeister müssen ihre Schulkinder so wie die Fabrikbetriebe gründlich am Tage beschäftigen.

Zußerdem ist und bleibt der Hauptzweck der ganzen Fortbildungsschule, daß die Lehrlinge des Abends von der Straße ferngehalten werden.

Eine Früherlegung des Unterrichts ist nur dazu angetan, die Lehrlinge ihre eigentliche gründliche Ausbildung in der Werkstatt als nebensächlich betrachten zu lassen.

Die Viertelsunde, die hier und da Fortbildungsschüler des Abends vor Beginn des Unterrichts um 7 Uhr bei ungünstiger Witterung vor der Tür der Fortbildungsschule warten müssen bezw. ein event. Herumtreiben in den Straßen in der Zeit von 6 bis 7 Uhr spielt gar keine Rolle gegen die großen moralischen Schäden des Herumtreibens auf den Straßen bei dem frühen 8 Uhr-Schlaf. Da doch die Hauslären im allgemeinen erst um 9 Uhr geschlossen werden, würde der Hauptteil der Fortbildungsschüler von der zwischen 8 und 9 Uhr liegenden Freizeit den ausgiebigsten und für ihre Schulaufgaben sowie ihr weiteres späteres Vorankommen nicht gerade förderlichsten Gebrauch machen, denn die Tatsache, daß eine Früherlegung

des Unterrichts gleichbedeutend mit einer Unterbrechung des Bummels der jungen Leute ist, daß sie die jungen Leute geradezu zum Bummeln anregen würde, ist unbestreitbar.

Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß die ganze Strömung, den Fortbildungsschulunterricht früher zu legen, in der Hauptsache nur von den Lehrern herrührt, die sich dadurch freie Abende schaffen möchten, und sollen deswegen nun die Innungen und Fabrikabstimmungen ihre Lehrlinge sich mühsige Zerstreungen angewöhnen und in ihrer Ausbildung zurückgehen lassen.

Man kann sich keine Ausbildung der Lehrlinge ohne Gründlichkeit denken, und diese Gründlichkeit erfordert darin, daß die Lehrlinge mit den Geleisen die volle Arbeitszeit einhalten.

Nebenfalls ist es ganz ausgeschlossen, daß die Fabrikabstimmungen sich darauf einlassen könnten, daß die Behandlung der Lehrlinge hinsichtlich ihrer Freizeit und ihrer Ausbildung leicht genommen und dieselben tagsüber aus der Kolonnenarbeit herausgerissen und des Abends durch Nichtbeschäftigung zum Herumstuntzen erzogen werden und dadurch der Sozialdemokratie verfallen.

Es kann nicht genug wiederholt werden, daß der Grundton der ganzen Ausbildung die Fernhaltung der jungen Leute von dem Herumtreiben auf der Straße und in den Wirtschaftshäusern ist und bleibt, dies muß stets hochgehalten werden, was gegen die Wünsche der Lehrer, des Abends sich vom Schulunterricht freizumachen, gänzlich nebensächlicher Natur sind, wie auch Se. Excellenz der Herr Handelsminister dem Chef meiner Partei, Herrn Geheimrat Ziefe, bei Erörterung dieser Frage besonders betont hat, daß die Lehrer nur der Schüler wegen da sind, nicht umgekehrt.

Es ist eine sehr bedenkliche Erscheinung, daß unsere soziale Beschäftigung das produktive Schaffen erschwert und dem sozialen Staate zu drückt. Sozialdemokratische und sozialistische Einflüsse haben Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft enorme Belastungen und Erschwerungen gebracht und es liegt im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Nationalwohlens, wenn ihre Vertreter gegen jedes weitere Umwidgen dieser Einflüsse Front machen und darauf halten, daß der junge Nachwuchs zu erster produktiver Tätigkeit angehalten und erzogen wird und daß ihm keine Bequemlichkeiten und Freheiten geboten werden, die ihm schädlich sind, von denen in früheren Jahren, wo jeder nach schwerer Tagesarbeit sich bis in die späten Nachtstunden selbst fortzubilden hatte, niemals die Rede war, und die ihn der Möglichkeit des Bummels sowie der Wirtschaft und sozialdemokratischen Verführung aussetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
p. va. F. Schichau  
ges. C. Siebert.

Das Schreiben reißt sich den bisher unangewandten Proben der Geistesprodukte aus dem Reiche Ziefes ebenbürtig an. Interessant ist es nach zwei Richtungen. Einmal erfahren die Lehrer, die seinerzeit zu den stärksten Stützen der „vaterländischen“ Wahlbewegung gehörten, wie schön sie eingeseift wurden. Für die Industriefürsorge ist der „Schulmeister“ genau so eine Art besserer Bedienter, wie er das seit Dims Zeiten für den Großgrundbesitzer ist. Und es ist noch viel wert, daß das Zirkular nicht auch rund und nett erklärt: die Lehrer wünschen nur den früheren Schluß der Fortbildungsschule, weil auch sie bummeln wollen. Zu lesen steht das groß und breit zwischen den Zeilen für

## Das Geschenk

Von Ernst Preezang.

Georg Hesse, der Klassenbeste und Sohn des Dorffleischermeisters, hatte es angeregt: den Lehrer zu seinem Berufsjubiläum zu beschenken.

Belzow, der Lehrer, führte nämlich im Nebenamt die Geschäftsbücher des Herrn Hesse, der immer den Krampf im Daumen kriegte, wenn er eine Stahlfeder sah. Außerdem hatte der Lehrer zuweilen Ideen, die sich von Herrn Hesse mit Würde im Gemeinderat vortragen ließen und ihm den Ruf eingebracht hatten: he is 'n Klauen Kiehl. Und das war er ja auch.

Deshalb schlug er vor: dem Lehrer einen Blumenstrauß und einen Spfindigen Schinken zu überreichen. Dazu sollte Georg ein Gedicht auftragen. Dieses ganz umsonst, wohingegen der Schinken zum Marktpreise von der Klasse erworben werden mußte.

Die Idee fand Anhänger und Widersacher wie jede Idee. Auf der ersten Schulbank war die Begeisterung am heftigsten; aber je weiter Georg nach hinten kam, desto milder wurde sie. Das Wort Schinken hatte für manchen einen fatalen Reizgeschmack und verursachte ein schmerzliches Ziehen in den Lenden.

Viele wollten sich die Sache erst noch überlegen und auch mit den Eltern sprechen, da diese doch in den Beutel greifen mußten.

Thomas Ruskohhl aber von der letzten Bank sagte einfach: „Ne! Geh ab!“

Ganz kurz und schroff. Für ihn war die Idee nicht diskutabel.

Dieser Thomas Ruskohhl war überhaupt ein ganz merkwürdiger Junge. Lang und dünn, aufgeschossen, überragte sein blaßes, trockenes Gesicht die ganze Klasse. Er sah als Lehrer auf der letzten Bank. Da hinten war es ein wenig dämmerig, namentlich an trüben Wintertagen, aber dies blaße, trockene Gesicht leuchtete gewissermaßen, leuchtete als ein weißer Fleck aus dem grauen Hintergrunde her.

Immer wieder fühlte Herr Belzow sich dadurch irritiert. „Schau nicht schon wieder so frech!“

Und Thomas Ruskohhl gab sich die größte Mühe, noch ergebener, noch geduldiger, noch aufmerksamer dreinzuschauen, als es ohnehin in seiner Natur lag.

Ja, er wäre am liebsten unter die Bank gekrochen, aber das war auch nicht erlaubt. So zog er sich denn gewollfamt zusammen, duckte sich, soweit es sich eben machen ließ, und sank allmählich mit der Nase aufs Tintenfaß.

„Thomas Ruskohhl! Du paßt nicht auf! Wozum habe ich eben gesprochen?“

Und Thomas schnellte empor, rang die mageren Hände krampfhaft in einander und begann zu stottern. Jergendeine Antwort, die mihunter richtig und häufig das Gegenteil war.

„So dumm wie lang!“ sagte Herr Belzow dann oft. „Komm vor. Bück dich!“

Klatsch, Klatsch, Klatsch  
„Seh dich!“

Und Thomas seufzte, saßte sich ans Rückenende und schlenkerte wieder in seine Bank hinein, um nun angestrengt den Worten des Lehrers zu lauschen.

Aber dann richtete er sich unwillkürlich auf, und dann leuchtete sein weißes Gesicht wieder über die Klasse her, und dann „schaute er frech.“

Dies war zu einer fixen Idee bei Herrn Belzow geworden. Er hätte etwas davon gegeben, dies ruhige, weiße Gesicht da hinten nicht sehen zu müssen.

Die anderen Kinder lebten ja auch nicht immer zu seiner Freude, aber ihre Gesichter erschienen indifferent, während Thomas mit seinen großen, wasserblauen Augen irgend ein verborgenes Leben ausstrahlte.

Herr Belzow las Aufsehnung heraus, Trotz, versteckten Haß, Anklage. Und er benutzte fleißig den Stock als Rauberstab für die Umwandlung der Psyche.

Er sprach gelegentlich mit dem Vater, der ein Tagelöhner war. Aber der schüttelte verwundert den Kopf: „Ne, Herr Lehrer, das kann nicht sein. De Jung is gaut und is of stetig. Ich begriep dat nich.“

„Affensiebe!“ murmelte Herr Belzow, und fügte laut hinzu: „Ich werde seinen Trotz schon brechen!“

„Wenn ich ein Pferd einfahren will, Herr Lehrer, und ich brauch man jümmer die Peitsche, dann bin ich ein schlechten Rutscher.“

So, das sagte der alte Ruskohhl auf hochdeutsch, schob seinen Priem auf die andere Seite, nickte mit dem Kopf und ging.

Und der Stock tanzte weiter. Thomas Ruskohhls Hosenboden und das Rohr gerieten in die denkbar innigste Verwandtschaft, und Thomas wunderte sich ordentlich, wenn ein Tag vorüberging, ohne daß die beiden sich näher begrüßt hatten.

„Von Rechts wegen müßtest du die Stöcke bezahlen!“ sagte Herr Belzow entrüstet, wenn einer zerplitterte. „Wie kommt die Gemeinde dazu?“

Deshalb also sagte Thomas Ruskohhl zu Georg Hesse: „Ne! Geh ab!“

„Schaff!“ erwiderte Georg. „Nachher haut er dich noch mehr.“

„Laß ihn. Wenn er mir Blumen auf den . . . . malk, will ich ihm keine andern schenken.“ Und wenn er es immer mit meinen Schinken zu tun hat, brauch er keinen geräucherten mehr!“

„Döstopp! Du kriegst noch garnich genug!“

Der Gemeinderat schickte eine Abordnung, und der alte Hesse hielt eine kleine Rede. Kurz, aber voller Dankbarkeit und Brustton.

Und Georg Hesse sagte ein Gedicht auf und überreichte den Blumenstrauß.

Und zwei andere kräftige Jungen brachten auf einem Tablett den Schinken, aus dessen rostrot leuchtender Schwarte ebenfalls eine „25“ in speckiger Weise hervortrat.

Und Herr Belzow war gerührt, stammelte Dankesworte, die sich allmählich zu einer kleinen Rede verdichteten, und drückte allen die Hände.

Ja, allen. Zunächst natürlich den Erwachsenen.

Dann ging er die Bänke entlang. „Herr habt mir eine große Freude bereitet.“ sagte er.

Und als er an die letzte Bank kam und einen Augenblick zögerte, weil ihm wieder das trockne, weiße Gesicht Thomas Ruskohhls aufstieg, da stand dieser auf und brachte ein längliches Paket zum Vorschein.

„Das schickt mein Vater.“ sagte er nüchtern. „Wie? Dein —?“ Herr Belzow war außerordentlich überrascht.

Er öffnete das Papier. Eine derbe, geschmeidige Weidenrinne kam zum Vorschein. Sie war mit blauen Bändchen und Schleifen geschmückt und machte einen festlichen Eindruck.

Wenn auch nicht so sehr auf den Lehrer, der fassungslos auf die Rute in seiner Hand starrte.

„Was — was soll das?“

„Damit möchten Sie mich schlagen,“ sagte Thomas leise und schüchtern.

„Was für 'ne Frechheit!“ schrie Herr Hesse. „Schlagen Sie ihm das Ding um die Ohren!“

Das wollte Herr Belzow im ersten Augenblick. Aber nur im ersten.

Denn er sah in diesem Moment scharf in Thomas Augen. Und er sah ein Gesicht, das er nicht kannte. Fühlte blühtartig, daß dieser Junge in all den Jahren ein ganz Fremder für ihn gewesen war. Daß er sich nicht die Mühe genommen, ihn kennen zu lernen. Daß er hier blind und töricht auf etwas Gutem herumgeprügelt hatte.

Er wurde blutrot und neigte einen Augenblick das Haupt — und das war eine stille Bitte um Verzeihung. Dann drückte er Thomas Ruskohhl warm die Hand und sagte: „Ach danke dir! Auch deinem Vater. Grüße ihn von mir!“

Und die Rute mit den blauen Schleifen hing er in seinem Bohnzimmer auf.

Dort hängt sie noch heute.

Und wenn der Besucher fragt, dann antwortet Herr Belzow: „Ein Geschenk. Das wertvollste, das ich jemals erhielt.“

den, der nur lesen will. Aber es geschieht den Elstager Lehrern ganz recht. Warum haben sie sich mit den „Vaterländischen“ eingelassen?

Das zweite interessante Moment ist, daß wir nun endlich wissen, wozu die Fortbildungsschule wirklich da ist. Lernen brauchen die Lehrlinge in ihr nichts; das ist ganz Lebenssache. Die Hauptsache ist, daß die Fortbildungsschule die Jungen vom „Bummeln“ abhält. Wehe dir, Magistrat von Elbing, wenn du den Schalen nachgibst und durch Frühverlegung der Schulstunden die Jungen im Bummeln unterstützt! Der schmachvolle Zettel würde dir dann schon zeigen, wer in Elbing Herr ist! Magistrat von Elbing, nimm dir ein Beispiel an dem ob seiner Bedeutung Weltrauf geniesenden Neustädter. Das ist die einzige „vernünftige“ Zigar in Westpreußen, die mehr was sich gehört. Magistrat von Elbing bleibe also brav, wieft du abtrünnig und störst die Arbeit der Jugendausbildung. Dann verleihe Zigaretten Reich wenigstens nach Neustadt. Und das wäre doch schrecklich, denn die Lehrlinge müßten „gründlich“ beschäftigt werden.

Vorkünftig wollen wir von weiteres Eingehen auf das Publikum absehen und uns von der Firma Schömann im besten Glauben für ihre freundliche Aufklärungsbereitschaft bedanken. Nur weiter ist schade, daß die sozialdemokratische Partei keine Ehrenmitglieder hat. Im Reiches Jutes gibt es manchen, den man sonst dazu ernennen könnte.

**Malteser.** Am vorgelagerten Sonntag wurde von den Elbinger Arbeitern ein großes Malteser veranstaltet. Es war sehr stark besucht. Vorträge des Arbeitervereins, Konzerte und turnerische Vorführungen kurzten den Erschienenen die Zeit. Vielen Verfall fanden die lebenden Gruppen, dargestellt von den Damenvereinen und vom Jugendbund. Am stärksten und glücklichsten konnte es jeder sein Glück verjagen. Von den Kleinen wurde das neuangelegte Karussell und die Berg- und Talbahn lebhaft in Anspruch genommen. Den Schluß der Veranstaltung bildete der Tanz.

**Ueber die Malteser der Marienburger Arbeiter** wird uns geschrieben:

Zum zweiten Male fand in Marienburg am 1. Mai eine große Volksversammlung statt, in der Genosse Meier über die Bedeutung des 1. Mai sprach. Der Redner kritisierte scharf, daß das Vermögen der Kapitalisten von Jahr zu Jahr rapide stieg, und daß die Not und das Elend unter den Arbeitern immer größer wurde. Gerade in Westpreußen sei die Schwindsucht am häufigsten, was zum größten Teile auf die Unterernährung der Arbeiter zurückzuführen sei.

Die Versammlung war gut besucht und die Worte des Redners wurden mit Begeisterung aufgenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie fand sie ihr Ende.

**Selbstmord** verübte in Elbing eine 64jährige Frau in der Neustadt. Sie hatte ihre Ersparnisse einem Kaufmann übergeben. Dieser geriet in Konturs. Der Verlust ihres Geldes ging der Frau so nahe, daß sie den Gashahn in der Küche öffnete und sich mit Leuchtgas vergiftete.

Durch einen schrecklichen Unglücksfall kam in Leske die Frau des Besitzers Fröhlicher ums Leben. Der Besitzer

hatte Rohr zum Dachdecken geholt. Während des Abladens wurden die Pferde unruhig. Als die Frau die Pferde halten wollte, erhielt sie einen Stoß vor die Brust, der sie niederwarf. Durch den Hufschlag eines Pferdes wurde ihr dann der Schädel zerschmettert. Der Tod trat in kurzer Zeit ein. Die Verunglückte war erst seit zehn Monaten verheiratet.

### Stuhm-Marienerwerber

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am 3. Mai bei Liffden. Der Kraftwagen geriet ins Schleudern, beschädigte drei Bäume und fuhr dann gegen einen Stein. Der Wagen wurde zertrümmert. Einer der Fahrer erlitt einen Nervenschlag, der andere wurde durch Glasplitter verletzt.

### Graubenz-Strasburg

Eine schwarze Liste erstreckt in Graubenz anscheinend für mehrere Schmelze und Schloffer. Wo die Kollegen auch anfragen, wird gefragt: „Wie alt sind Sie, und wie heißen Sie?“ In den Büchern wird nachgesehen und hinterher heißt es: „Nein, wir haben keine Beschäftigung.“ Trotzdem sind fremde Jugereiste eingestellt. Andere Meister erklären: „Mit den Graubenzern haben wir trübe Erfahrungen gemacht.“ Was für Erfahrungen, sagten sie nicht. Haben die Graubenzler nicht billig genug gearbeitet?

### Thorn-Rulin-Briefen

**Falsch bedient worden.** In einem Irrtum befindet sich die Thorer Presse. Sie schreibt in ihrer Nr. 103: Eine sozialdemokratische Malteser hat in Thorn auch in diesem Jahre nicht stattgefunden; die Abendveranstaltung nach Feierabend, die früherer Erfolg bieten mußte, ist auf den morgigen Sonntag verlegt.

Weit gefehlt, liebe Presse. Die Versammlung hat wohl am Abend des 1. Mai stattgefunden. Unverkennbar ist ja der Zweck dieses Berichts. Aus ihm sollen die Leser der Presse sehen, daß sich die sozialdemokratische Partei in Thorn im Rückgang befindet. Was freilich nach unserm Mitgliederstand nicht der Fall ist.

**Wegen Spionage** wurden in Thorn fünf Personen verhaftet. Sie sollen sich geheim zu haltende Sachen der Festung mit der Absicht verschafft haben, sie an Rußland auszuliefern. Auch hatten sie versucht, Militärpersonen zum Verrat von Geheimnissen zu gewinnen. Die Verhafteten sollen sämtlich aus Thorn stammen.

**Aus einem D-Zuge** wurde in Thorn ein Reisender verhaftet, in dem man den seit zwei Jahren verschwundenen Rechtsanwalt Dr. Napoleon Hallant gefaßt zu haben glaubt. Bekanntlich flüchtete dieser vor zwei Jahren, nachdem er große Unterschlagungen gemacht hatte, aus Berlin. Er wurde im Zuge von einem Mitreisenden erkannt, dieser machte das Zugpersonal aufmerksam und verlangte die Verhaftung. Der Verhaftete gab an, ein Oberförster Baron Sped von Sternburg aus Schlobitten zu sein. Auf seine Ergreifung waren 6000 Mark Belohnung gesetzt.

In Briesen ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Dem beim städtischen Röhrenbau beschäftigten Monteur Förster aus Wiesbaden wurden vom Ventilator vier Finger der linken Hand derart zertrümmert, daß sie amputiert werden mußten.

### Deutsch Krone

Ueber 100 Personen waren am Sonntag in Jastrow an der Versammlung erschienen, in der Genosse Grünhagen die Maßnahmen besprach. Der Verlauf der Veranstaltung war befriedigend und hat die Jastrower Arbeiterbewegung sicher ein Stück weiter gebracht.

### Schlochau-Flatow

**Wahlkreis-Konferenz des Kreises Schlochau-Flatow.**

Am 3. Mai fand in dem Geschäftstokale des Landarbeiterversandes in Flatow die diesjährige Wahlkreis-Konferenz statt. Vertreten waren die Ortsvereine Tarnowitz durch einen, Schlochau durch einen, Hammerstein durch einen, Pr. Friedland durch zwei und Baudsburg durch einen Delegierten. Flatow vertrat der Wahlkreis-Vorstand. Vom Provinzvorstande war der Parteisekretär Gehl anwesend. Außerdem der Arbeitersekretär Grünhagen. Der Wahlkreisvorstand erstattete den Jahresbericht. Hieraus war ersichtlich, daß sich in dem letzten Jahre unsere Kämpferzahl um 56 vermehrt hat. 135,75 Mark wurden mehr an Beiträgen einkassiert als 1912-13. Nachdem die Vertreter der Ortsvereine Bericht über ihre Tätigkeit gegeben hatten, ergriff Genosse Gehl das Wort. Er hielt einen Ueberblick über sämtliche Ortsvereine. Pr. Friedland hat seine Mitgliederzahl bedeutend erhöht, Hammerstein ist im Einkassieren der Beiträge am besten auf dem Posten. Die Beiträge für weibliche Mitglieder wurden von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt. Als Reichstagskandidat wurde Arbeitersekretär Genosse Grünhagen einstimmig gewählt. Sitz des Wahlkreisvorstandes bleibt Flatow. Der alte Wahlkreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nachdem über die Art und Weise der Agitation, die in diesem Jahre entfaltet werden soll, debattiert worden war und die Genossen Gehl und Grünhagen Anregungen gegeben hatten, gingen die Anwesenden mit einem warmen Händedruck auseinander, um das Gehörte im Laufe des Jahres in die Wirklichkeit umzusetzen und neue Kämpfer und Kämpferinnen zu gewinnen, die die rechtlosen Volksmassen befreien helfen aus den Fesseln der Volksunterdrücker.

Ein großer Stein wurde auf dem Acker des Gutsbesizers Roggenbuck auf Franzenhof gefunden. Er war 5 1/2 Meter lang, 4 Meter breit und 3 Meter hoch. Der Stein bestand aus schwarz-grauem Granit und hatte ein Gewicht von mehr als 1000 Zentner. Die Zerlegung des Steines ergab 300 Steine von je drei Zentner.

### Dirschau-Berent-Stargard

In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Pr. Stargard sprach Genosse Jech-Danzig über die Gewerkschaften und der erste Mai. Die Versammlung war gut besucht. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall begrüßt und

## Kleines Feuilleton

**— Kennterzucht in Deutschland.** Es scheint, daß das Renntier in seiner Heimat, dem Lappland, vom Aussterben bedroht ist. Wenigstens wird der Fachschriftsteller Der Weidmann Verlag Max Rembert, Berlin-Schöneberg, Mühlentische 51 von einem Mitarbeiter aus Christiania geschrieben: Der Lappländer Staat hat der norwegischen Regierung einen Bericht über die Kennterzucht der Lappen im verflochtenen Jahre einreicht. Darin bemerkt er, daß das Aussterben der Kenntiere nur noch eine Frage der Zeit sei, weil nicht eine schnelle Vermehrung der Kennterzucht eventuell durch gezielte Maßnahmen erfolge. Die Zahl der Kenntiere, die Ende 1912 noch 20.000 betrug, ist jetzt auf 25.761 herabgesunken. Da ist es nun sehr interessant zu hören, daß der erste Versuch, Kenntiere als Haus- und Nutztiere in Deutschland einzuführen, völlig gescheitert ist. Vor reichlich zwei Monaten ließ Pastor Lorenzen aus der Insel Rom, Aros, Dänemark, einen Hirsch und zwei Tiere aus Lappland kommen und auf dem eismalen Eiland weiden. Rom beträgt 2000 Hektar Gebirgsland, die bisher nutzlos dalagen. Sie liefern eine Menge, die Kenntiere gern fressen. Der Hirsch Aros und die beiden Tiere haben sich schnell in die neuen klimatischen Verhältnisse eingelebt und sind prächtig gediehen. Mehrere Landwirte auf Rom haben jetzt beschlossen, die Kennterzucht zu betreiben. Ende Oktober treffen 25 Lappländer Tiere auf Rom ein. Das Viehland kann rund 500 Kenntiere ernähren. Die ersten jährlichen Gewinne von 25.000 Mark bringen würden. Auch andere Gebirgsland in Deutschland und die Kennterzucht werden — so daß Deutschland nicht leicht bezogen ist, dieses wichtige und schöne Tier vor dem Untergang zu bewahren.

**— Europa als künftige Insel.** In einem fesselnden Vortrage über die geographische Zukunft der Erde den Wilhelm Reichle im nächsten Heft der Centralen Monatshefte der Geographischen Gesellschaft, behandelt er zum Schluß auch die Frage der Gestaltung Europas in einer ferneren Zukunft die unseren Kontinent wieder zu einer Insel machen könnte. Ein Blick auf unsere heutige Erdkarte zeigt uns, daß wir uns geographisch in einer Periode der Bildung von Spalten befinden, die den früher einmal vorhandenen gemauerten Landblock bereits zerlegt, zerlegt und noch weiter zerlegen dürfte. Eine solche Spalte hat Island und Skandinavien von Island und Grönland getrennt. Sie bildet heute den Nordteil des Atlantischen Ozeans, bis zum Teil durch eine noch andere hat Grönland von Nordamerika abgetrennt; eine kleinere England von Europa, und eine hat in der Ostsee und dem Boreischen und Finischen Meerbusen die beiden schmalen Bänder gemacht, auch Skandinavien und Fennoskandien als Inseln von dem europäischen Festland zu trennen. In den meisten dieser nördlichen Spalten ist noch in erheblicher jüngster Zeit heftiger Bodenbeben, die zum Teil im Ausgang der Tertiärzeit, als vor ihnen die Menschen erst erschienen sind und her wanderten, zwischen

Europa und Grönland eine Landbrücke über den Atlantischen Ozean, die Spaltenbildung hat also noch nahe zu unserer Zeit hier wieder fortgesetzt zugenommen. Auf der Südseite aber sonderbar eine starke Spalte heute Südamerika und Westafrika und eine andere sehr breite in Gestalt des Indischen Ozeans Ostafrika von Indien und Australien. Auch geht noch ein sehr interessanter allerdings nur in Spuren angelegter Riß längs der Gebirge durch Afrika selbst vom Nil bis zum tief eingetümpelten Graben des Roten Meeres, der (zum Teil auch erst aus ganz junger Zeit) hier einen Versuch andeuter, selbst diesen uralten Riß von Afrika in der vollen Längsachse durchzuführen — übrigens auch, wenn er sich durchgezogen hätte, ein Kanal von gar nicht auszumessender Bedeutung für unsere Kulturentwicklung. Bei dieser Sachlage bestehen für die Zukunft zwei Möglichkeiten; es könnte eine Epoche stärkeren Zusammenrückens von Festländern kommen, und andererseits könnten sich neue Spalten öffnen. Einzelne Anzeichen sprechen dafür, daß wir wieder einer mehr trockenen Periode entgegenzusehen, im Gegensatz zu der überwiegend nassen Diluvialzeit. Bei der Bildung neuer Längsspalten hätte aber eine unter den verschiedenen zu erwartenden Möglichkeiten die denkbar größte Wahrscheinlichkeit, und diese wäre die bedeutendste für unsere zureichenden Verhältnisse. Es wäre nämlich die Entstehung einer Meerespalte, die etwa in der Richtung des Uralgebirges, vom Ural bis zur Mündung des Ob, Ufen von Europa wieder lönderte. Unschätzbare Zeiträume der geologischen Vergangenheit hat hier ein Meer bestranden. Dieses „Obische Meer“ vereinigte sich mit dem alten Mittelmeer, das bis über den Ural bis nach weit, reichte, und schnitt so Europa vollständig von Asien ab. Unter Kontinent war damals eine obere Halbinsel Amerikas. Es wäre nun kein Wunder, wenn dieses „Obische Meer“, das erst kurz vor unserer Epoche verschwunden ist, sich abermals herstellen würde, zumal besondere Gebirgshemmnisse ihm nicht entgegenstehen. Freilich würde ein solche Veränderung, die Europa zu einer Insel machte, große, für unsere Menschengenerationen kolossale Zeiträume in Anspruch nehmen.

**— Jakob Meyer-Beer.** Giacomo Meyerbeer (so nannte er sich später) starb am 2. Mai vor fünfzig Jahren, und dieser Todestag wird begangen von einem Häuflein musikalischer Reaktionen und von jenen hässlichen Theaterdirektoren, die einem schlechten neugeborenen vormärzlichen Kunstgeschmack des Publikums der Kaffe wegen schmeicheln, statt ihn zu erziehen und zu verbessern. Der geistliche Musiker, der sich nach kleinen Anfängen zum Franzosen, zum Italiener, zum Rivalen des urdeutschen Meisters, zum königlich preussischen Generalmusikdirektor durchgehauen hatte, ist künstlerisch schon längst tot. Er war einst ein Gelehrter, auf die nicht nur R. Wagner rechtzeitig in seinem berühmten Pamphlet: „Das Judentum in der Musik“ hingewiesen hat. Zunächst, als das tonangebende Europa sich in Huldigungen für den gefeierten Komponisten der Hugonotten, des Propheten, Robert des Teufels und der Afrikanerin über-

bot, als die sogenannte „Große“ Oper, die historische Oper mit Prunk, Lärm, Scheinleben, Schlitschuhläufern, Sonnenuntergängen, Füllstücken, Lutherchoralen, Schiffsbränden und Tempelstürzen eine Rolle im geistigen Leben der Kulturvölker spielte. Als die Musik nur Ohrenschmaus, Vorwand zu Reklamekopfabarbeit, die Handlung nur Augenweide und eine leere Häufung von Effekten war, als die Oper in der tiefsten Kurve ihrer Manieren stand. Selbst Mozart und mit ihm die Renaissance deutsch-italienischer Melodik war schon da, aber noch nicht erkannt und die bravourösen Pathetiker der großen italienischen und französischen Oper, die Spontini, Weber konnten somit ungehindert ihren Einfluß auf die deutsche Oper, die keinen Führer hatte, und das in blindeste Fremdmannschaft verfallene deutsche Publikum ausüben. Bis der kam, der sie mit geschickter Anpassung und meisterhafter technischer Aufmachung an Ort und Stelle emsig kopierte: Meyerbeer.

Man muß sich fragen, was hätte M. mit seiner spielenden Beherrschung aller musikalisch-dramatischen Darstellungsmitel geleistet, wenn ihm auch der berühmte „sittliche Genie“, die hohe Kunstausfassung von den Göttern gegeben worden wäre! Wenn er den Effekt zu einer Folge des künstlerischen Ausdrucks gemacht hätte, statt zum Selbstzweck! Wie das Richard Wagner, im „Rienzi“ noch sein erbitterter Nachahmer, dann sein großer Gegenpol und Zerstörer getan hat. Mit dem Bayreuther trat die „ideale deutsche Kunst“, das aus sittlichen Idealen erwachsene nationale Kunstwerk, trat der Mensch mit seinen Kämpfen und Schmerzen auf die Opernbühne und die historisch kostümierten Singgruppen Meyerbeers und seiner zahlreichen Gefinnungsgenossen mit all ihrem hohlen Pathos und gefälligen Schnörkelwerk der Melodramen hätten von Rechts wegen für immer in der Versenkung verschwinden sollen. Sie taten es aber leider nur unvollkommen. Denn noch immer nicht hat Jakob Meyerbeer seine Rolle ganz ausgespielt in den Tagen der Wahrheit und Weisheit einerseits, der tonangebenden richterlichen Erhabenheit und heiligen Leidenschaft, der tondichterischen Erhabenheit und heiligen Freude an heiterer, beschwingter, geistvoller Musik, an Anmut, Grazie, Melodie und Formgefühl und Rhythmus. In den Tagen eines Wagner und Strauss und Wolf-Ferrari. Denn die schlechten Manieren in der Kunst sind schon auszurotten wie die eines ungezogenen Kindes.

**— Wichtige neue Kleinfest.** Der Direktor der Dresdener städtischen Sammlungen Dr. Minde-Pouet hat Briefe angefordert, die Heinrich v. Kleists Beziehungen zu seiner Cousine Marie v. Kleist aufhellen und allem Anschein nach besonders den edlen Charakter dieser Frau, die den Dichter begriff und zu fügen suchte, durch neue Tatsachen erhärten. Die bisher geltende Annahme, die Königin Luise habe dem Dichter eine Pension gezahlt, dürfte nicht länger zu halten sein: Marie v. Kleist selber war die Geberin und hat jene Legende erfunden, um den Dichter zur Annahme des Geldes zu veranlassen. Auch eine neue Fassung des wilden Gedächtnisses gegen die französische Fremdherrschaft („Schlage ihn tot! Das Weltgericht fragt nach euren Gründen nicht“) jell gefunden sein.

eine vorläufige Resolution einstimmig angenommen. Ein begeistertes Hoch schloß die Versammlung.

Die Stadt Dirschau bringt 75 000 Mark Wehrbeitrag auf.

## Gewerkschaftliches

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1913. In früheren Jahren hatte der Verband eine fast sprunghafte Entwicklung gemacht, seine Mitgliederzahl war bis zum Ende des Jahres 1912 auf 501 547 gestiegen. Die letzte Wirtschaftskrise hat diese schnelle Entwicklung unterbrochen, zum ersten Male hatte der Verband 1913 einen nennenswerten Mitgliederrückgang, der jedoch im Verhältnis zu der Gesamtmitgliederzahl nicht so schwer ins Gewicht fällt. Die Mitgliederzahl sank um 16 613 = 2,96 Prozent, sie betrug am Jahreschluß 544 931. Für den Mitgliederrückgang ist, wie die Metallarbeiterzeitung, bemerkt, nicht allein die Wirtschaftskrise von Einfluß gewesen, sondern auch noch andere Ursachen. Als solche nennt das Blatt den ungünstigen Verlauf des Kampfes bei Bosch in Stuttgart und die Bewegung auf den Seeschiffswerften. Besonders die Erörterungen über den Werftarbeiterstreik hätten die Werbestärke des Verbandes sehr beeinträchtigt. Auch das neue Wehrgesetz war von Einfluß auf die Zahl der Mitglieder, da von diesen eine größere Zahl als in früheren Jahren in den bunten Rock gesteckt wurden. Die absolut größten Mitgliederverluste hatten die Ortsvereine Berlin 3055, Hamburg mit 3471, Stuttgart mit 5271. Der Zugang von neuen Mitgliedern und von Uebertritten aus andern Organisationen war 1913 auch geringer als in den vorausgegangenen Jahren. Es sind neu beigetreten: 112 016 (1912: 149 425) männliche, 11 459 (16 424) weibliche, 13 341 (16 709) jugendlich. Personen, zusammen 137 319 gegen 182 588 im Jahre 1912, also weniger 45 269. Uebergetreten sind: von freien deutschen Verbänden 6153 (1912: unter Abzug von 14 824 gemeinsam übergetretenen Mitgliedern des Schmiedeverbandes 8110), von ausländischen Verbänden 1665 (2100), vom Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein 575 (951), vom „christlichen“ Metallarbeiterverband 723 (1045), zusammen 9116 (12 206). Die Zahl der Neubeigetretenen und Uebergetretenen betrug 146 435 gegen 194 794 im Jahre 1912, also weniger 48 359.

Der Rechnungsabluß der Hauptkasse zeigt in Einnahmen und Ausgaben, ohne den Vermögensbestand von 1912, die Summe von 19 557 552 Mark (1912: 18 694 111 Mark). Die ordentlichen Beiträge ergaben eine Einnahme von 18 081 418 Mark, gegen 1912 mehr: 605 395 Mark. Die Gesamtsomme der reinen Einnahmen der Hauptkasse betragen 18 638 525 Mark (1912: 17 934 086 Mark). Die Ausgaben der Hauptkasse stiegen jedoch weit mehr als die Einnahmen; sie betragen allein für Unterstützungen 12 263 212 Mark (1912: 8 391 513 Mark). Auf die einzelnen Unterstützungsarten entfallen davon: für Reisegeld 513 443 Mark (344 245 Mark), für Umzugsunterstützung 154 069 Mark (140 830 Mark), für Krankenunterstützung 4 188 345 Mark (3 425 105 Mark), für Arbeitslosenunterstützung 3 229 206 Mark (1 690 529 Mark), für Streikunterstützung 3 616 765 Mark (2 342 256 Mark), für Unterstützung bei Wohnregelungen 267 092 Mark (177 203 Mark), besondere Notfälle 105 338 Mark (70 871 Mark), für Sterbegeld 135 895 Mark (127 244 Mark), Rechtschutz 53 082 Mark.

Der Rechnungsabluß der Ortskassen, der im einzelnen noch nicht veröffentlicht ist, weist, wie die Metallarbeiterzeitung bemerkt, gegen das Vorjahr ebenfalls höhere Einnahmen und Ausgaben auf. Ihre Ausgaben für Unterstützungen sind gestiegen von 1 405 748 Mark auf 1 869 094 Mark. Hauptkasse und Ortskassen leisteten danach an Unterstützungen die gewaltige Summe von 14 132 307 Mark.

Das Vermögen des Verbandes stieg um 2 046 720 Mark; es betrug in der Hauptkasse 13 112 004 Mark, in den Ortskassen 5 438 735 Mark, zusammen 18 550 740 Mark. Das finanzielle Ergebnis des Jahres war sonach für den Verband trotz der so bedeutend gestiegenen Ausgaben ein verhältnismäßig günstigeres als nach der Mitgliederbewegung geschlossen werden könnte. Der Rechnungsabluß beweist, daß der Metallarbeiterverband auf einer guten Grundlage ruht. Und es ist deshalb begreiflich, wenn die Metallarbeiterzeitung ihr Urteil über die Jahresbilanz dahin zusammenfaßt, der Verband stehe trotz der Stürme des vergangenen Jahres unerschüttert da.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1913. Wie die herrschende Wirtschaftskrise im allgemeinen auf den Gewerkschaften lastet, deren Erfolgsmöglichkeit hemmt und ihrer agitatorischen Wirksamkeit Hindernisse bereitet, so hat sie auch die Entwicklung des Holzarbeiterverbandes beeinträchtigt. Die Arbeitslosigkeit machte sich in der Holzindustrie besonders stark bemerkbar; im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Jahre 1911 hat sich die Arbeitslosenziffer mehr als verdoppelt. Daraus bezug der durchschnittliche Arbeitslosenstand 2,49 Prozent der Mitglieder, im verfloßenen Jahre schwankte die Ziffer auf 5,10 Prozent an. Danach ist nicht verwunderlich, wenn eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Der Verlust gegenüber dem Vorjahre beträgt 3735 Mitglieder. Am Jahreschluß 1913 zählte der Verband 193 075 Mitglieder. Nicht alle Branchen sind gleichmäßig an diesem Minus beteiligt, insbesondere sind die weiblichen Mitglieder davon ausgenommen, deren Zahl sogar von 7193 auf 7470 gestiegen ist. Die Branchen der Bürstenmacher, Knochenschneider und Werftschleifer weisen sogar noch einen beachtlichen Zuwachs auf; die Abnahme erstreckt sich auf die Bautischler, Klaviermacher, Stellmacher, Maschinenarbeiter, Vergolter und Drechsler. Wie groß die Anforderungen der Mitglieder an die gewerkschaftliche Organisation sind, beweist die Tatsache, daß der Verband im Jahre 1913 nicht weniger wie 5 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen bezahlt hat. Hatte schon das Jahr 1912 mit einer Ausgabe von 3 676 180 Mark abgeschlossen, so brachte es das letzte Jahr auf rund 5 496 612 Mark. Die Mehrausgabe beträgt gegenüber dem Vorjahre 50 Prozent, die Arbeitslosenunterstützung, für sich allein betrachtet, ergibt eine Steigerung um 60 Prozent. Diesen gesteigerten Ausgaben steht eine Erhöhung der Einnahmen nicht gegenüber. Trotzdem hat das Verbandsvermögen um 182 499 Mark gegenüber dem Vorjahre zugenommen, es beläuft sich auf 7 404 017 Mark.

In Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich der

Verband im abgelaufenen Jahre befunden hat, bedeutet dieser finanzielle Abschluß einen anerkanntswerten Gewinn, denn daß der Kampffonds in ungeschwächter Höhe erhalten geblieben ist, wird für die Erfüllung zukünftiger Aufgaben einen günstigen Einfluß ausüben. Zweifellos wird auch auf dem bevorstehenden Verbandstage der Holzarbeiter, der sich mit vielen Anträgen auf Erweiterung des Unterstützungswesens zu beschäftigen hat, der Gesichtspunkt maßgebend sein, vor allen Dingen die Kampffähigkeit des Verbandes zu stärken.

Wie notwendig das ist, ergibt sich wiederum aus dem Umfang der vom Verband selbst in dem Krisenjahr 1913 geführten Lohnbewegungen. Die vorliegende Streikstatistik verzeichnet für 1913 696 Lohnbewegungen mit 851 888 Beteiligten; ca. 84 000 Mitglieder mehr haben im Jahre 1913 gegenüber dem Vorjahre in der Bewegung gestanden. Es wurden geführt: Angriffsstreiks 171 mit 9490 Beteiligten, Abwehrstreiks 117 mit 3259 Beteiligten, Ausperrungen 22 mit 2810 Beteiligten, Angriffsbewegungen ohne Streik 387 mit 68 721 Beteiligten, Abwehrbewegungen ohne Streik 19 mit 402 Beteiligten. Das ist ein schlagender Beweis gegenüber den vielfachen Berufen, den Gewerkschaften in der Zeit der Wirtschaftskrisis die Kampfmöglichkeit abzuspüren. Eine gute Organisation nützt auch die stille Zeit für ihre Zwecke aus. Ihre Kraft äußert sich nicht bloß in alarmierenden Aktionen. Nicht den Kampf nur des Kampfes willen zu führen, sondern gestützt auf eine gute Kampfrüstung, in jeder Lage die Macht der Organisation für die Wahrung und Verteidigung der Interessen der Mitglieder ins Feld zu stellen, Vorteile zu erreichen oder Verschlechterungen abzuwehren, ohne daß in jedem Falle kostspielige Kämpfe geführt werden müssen, das ist der Zweck einer wirklich kampffähigen Gewerkschaft, wozu man den Holzarbeiterverband in erster Linie rechnen müssen.

Zwar nicht alle geführten Bewegungen brachten den gewünschten Erfolg, aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wurde das gesteckte Ziel doch ganz oder teilweise erreicht. Als Gesamtergebnis der im Jahre 1913 geführten Lohnkämpfe wurde erzielt: Für 68 695 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 88 640 Stunden oder durchschnittlich 1,3 Stunden pro Woche, und für 71 983 Personen eine Lohnerhöhung um zusammen 162 865 Mark oder durchschnittlich 2,56 Mark pro Woche. Die Abwehrkämpfe waren zwar im allgemeinen ebenfalls von Erfolg, doch ist auch zu konstatieren, daß in mehreren Fällen die angebotenen Lohnsteigerungen nicht zu verhindern gewesen sind.

Trotz mancher Hindernisse hat der Holzarbeiterverband im Jahre 1913 mit außerordentlichem Erfolg auf dem Gebiete der Tarifvertragspolitik gewirkt. Nicht weniger wie 242 Verträge für 63 581 Personen liefen im Berichtsjahre ab. Insgesamt erneuert bzw. neu abgeschlossen wurden 282 Verträge für 68 048 Personen. Diese Tarifkämpfe nahmen die Kräfte des Verbandes in besonders hohem Maße in Anspruch. Doch mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß besonders dieser Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit erfolgreich war. Sowohl an der Arbeitszeitverkürzung wie an Lohnerhöhung und Verbesserung der Akkordtarife usw. haben die neuen Verträge manchen beachtlichen Fortschritt gebracht. Die Verträge wurden auch inhaltlich weiter ausgestattet und den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Am Jahreschluß 1913 war der Verband an insgesamt 1135 Betrieben für 14 990 Betriebe mit 149 123 beschäftigten Personen als Vertragskontrahent beteiligt. Die hitzigen Pläne der Scharfmacher zu Beginn des Kampfs- und Krisenjahres 1913 sind zu Schanden gemacht worden, die Organisation der Holzarbeiter hat den Anforderungen standgehalten, sie kam mit ungeschwächter Kraft der Zukunft entgegen. Nicht nur das Mittelzeug der Organisation ist voll auf in Laft, auch die Mitglieder selber haben den alten Kampfgeist. Sie werden auf dem Posten sein, wenn es gilt, für die Verteidigung ihrer Interessen und Rechte einzustehen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Schlosser in Posen. Die Bau- und Kunstschlosser in Posen haben eine Lohnbewegung durchgeführt, die nach mehr als einer Richtung Interesse auch für weitere Kreise bietet. Es gibt dort deutsche und polnische Unternehmer, aber auch deutsche und polnische Gewerkschaften. Als deutsche Gewerkschaften kommen der Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein in Betracht, während die Polen nur eine Organisation haben (Polnische Berufsvereinigung); die Separatisten haben noch keine Anhänger. Die Mehrheit an Mitgliedern haben die Polen. Unter den Schlossern waren jedoch leider noch ca. 25 Prozent Unorganisierte. Die Schlossermeister sind alle in einer Zwangsinnung vereinigt. Die deutschen Unternehmer werden von der Regierung in jeder Weise unterstützt; sie erhalten nicht nur Vorräte für die Ausstattung der Betriebe, Anschaffung von Werkzeug, Maschinen und dergl., sondern die ganzen fiskalischen und städtischen Arbeiten fallen den „Deutschen“ zu, während die Polen auf Privatbauten angewiesen sind. Der bisherige mit der Zwangsinnung abgeschlossene Tarif lief am 1. April ab. Die Gewerkschaften, die vereint vorgehen, kündigten ihn rechtzeitig, reichten einen anderen Tarif ein und suchten um Verhandlungen nach. In den Verhandlungen wurde den Arbeitervertretern erklärt, daß die Annahme des neu eingebrachten Lohnentwurfes ablehne und den Arbeitern anheimstelle, die Kündigung des alten Tarifvertrages zurückzuziehen und ihn bis zum 1. April 1916 in Geltung zu lassen, andernfalls erfolge die Ausperrung.

Daß die Besellen so ohne Sang und Klang ihren Tarifentwurf begraben würden, war natürlich ausgeschlossen. So kam der Tag der Ausperrung heran, der eine große Ueber-raschung brachte. Von 106 Beschäftigten wurden drei Unorganisierte und ein Organisierte ausgesperrt. Die Meister wollten dann an einem späteren Termin verhandeln. Die Organisationsleitung der Arbeiterverbände setzte sich aber bald mit den bedeutendsten Unternehmern im Schlossergewerbe in Verbindung und schloß mit ihnen einen Vertrag ab, wonach sich die vertragsstreuen Unternehmer verpflichteten, diejenigen Firmen, die wegen Nichtanerkennung des Vertrages bestreikt oder gesperrt werden, in keiner Weise zu unterstützen und Streikende bei Bedarf an Arbeitskräften zuerst einzustellen. Dagegen verpflichteten sich die Arbeitervertreter, mit keinem Unternehmer im Schlossergewerbe zu Posen einen Vertrag zu ungünstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen.

Außerdem werden während der zweijährigen Vertragsdauer die Löhne für jüngere um 3 Pf., für ältere Gesellen um 4 Pf. erhöht; dazu kommen einige kleinere Verbesserungen. Die sieben Firmen, mit denen dieser Vertrag abgeschlossen wurde, beschäftigten 81 von den 106 Besellen. Die Innung beschloß nun, den neuen Tarif ebenfalls zu unterschreiben.

Malereistreik in Weibert. Um die Einführung des Reichstarifs kämpfen die Maler und Anstreicher in Weibert. Bekanntlich haben die rheinisch-westfälischen Unternehmer im Malergewerbe den im vorigen Jahre abgeschlossenen Reichstarif nicht anerkannt und sind deshalb, mit dem Maler des Tarifbruchs beschattet, aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen worden. Der Kampf wird weniger um eine Lohnerhöhung, weil die im Reichstarif vorgesehenen Löhne bezahlt werden sondern um die Anerkennung des Reichstarifs geführt. Da im ganzen Rheinland und Westfalen zurzeit die Bewegung entbrannt ist oder bevorsteht, ist den zurreisenden Malergehilfen zu empfehlen, bevor sie Arbeit nehmen, bei der Organisationsleitung darüber Erkundigungen einzuziehen, ob bei der Firma nicht auch Differenzen bestehen. Der Zugang nach Koblenz, Neuß bei Düsseldorf und Weibert ist strikte zu vermeiden, da sich in diesen Orten die Malergehilfen zur Anerkennung des Reichstarifs im Streit befinden.

Der Ausstand der Maßschuhmacher in Berlin hat nach vierwöchentlicher Dauer dazu geführt, daß am Donnerstagabend die ersten Verhandlungen stattfanden. Ueber die wichtigsten Punkte in der Lohnfrage wurde eine Aussprache geführt, wie sie am Anfang von den Gehilfen verlangt wurde. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie sollen Sonntagabend fortgesetzt werden.

Tarifabschluß mit den Brauereien in Mainz und Wiesbaden. Mit sieben Brauereien in Wiesbaden und Mainz, die zusammen 30 Arbeiter beschäftigen, konnte der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln. Bei einer zehnstündigen täglichen Arbeitszeit und sechs Schichten in der Woche beträgt der wöchentliche Mindestlohn 30 Mark, für besondere Arbeiter 32 Mark. In Wochen mit Feiertagen werden fünf Schichten geleistet. Ueberstunden werden mit 60 Pf. bezahlt. Alle vor dem 1. Januar in Arbeit gestandenen Arbeiter erhalten in den Sommermonaten eine Woche Ferien.

## Aus der Partei

Gerichtliches Nachspiel eines Wahlkampfes. Bei der im November vorigen Jahres stattgefundenen Landtagswahl in Stuttgart-Land spielte sich der nationalliberale Kandidat Stadtpfarrer Langarter aus Stuttgart als das Muster eines sozial verständigen Politikers auf. Arbeitslosenversicherung, Steuerfreiheit für Einkommen bis 1200 Mark, Uebernahme der Schulkosten auf den Staat und andere Reformen versprach er den Wählern. Von unseren Genossen auf den unüberbrückbaren Widerspruch, der zwischen diesen Wahlversprechungen und dem nationalliberalen Programm bestehe, aufmerksam gemacht, erklärte er das Programm für ein einfaches Stück Papier. Die Schwäbische Tagwacht verläumt nicht, diesen Politiker festzunageln. Der Stadtpfarrer ließ zum Klari und das Schöffengericht zu Stuttgart verurteilen den verantwortlichen Redakteur Genossen Crispian zu 100 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung.

Wegen Verleumdung von Richtern waren unsere Genossen Hermann Müller als unabhängiger Verfasser eines Artikels und Genosse Schmidt als Verantwortlicher vor dem Gericht in Altenburg angeklagt. Im Prozeß bekannte Schmidt sich als Verfasser, worauf er zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, Müller aber freigesprochen wurde. Der Prozeß war infolge einer häßlichen Denunziation eines bürgerlichen Redakteurs zustande gekommen.

Der Anzug des § 130. Am Sonntagabend vormittag wurden von der politischen Polizei in Hamburg in den Geschäftsräumen des Hamburger Echo die noch vorhandenen Nummern des Hamburger Echo vom 1. Mai beschlagnahmt. Inkriminiert ist nach Mitteilung der Polizeibeamten das an der Spitze des Hauptblattes stehende Gedicht „Wagt es nur!“ von Karl Petersen, und zwar wird darin ein Vergehen gegen § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten) gesehen.

Natürlich wird in dem Gedicht mit keinem Wort zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. § 130 gehört zu den gefährlichsten politischen Paragraphen, die durch künstliche Auslegung längst zu Fallstricken für die freie Meinungsäußerung geworden sind und abgeschafft werden sollten.

Den Ausschluß der Freimaurer aus der Partei beschloß der italienische Parteitag mit großer Mehrheit.

## Soziales

Freie Konkurrenz, Warenpreis und Arbeitslohn. An entnehmend der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz: Die Herrschaft der freien Konkurrenz hat im Wirtschaftsleben längst aufgehört, alleinbestimmend auf die wirtschaftlichen Dinge einzuwirken. Heute sind fast alle an der Wirtschaft beteiligten Faktoren in Organisationen vereinigt, mit dem Ziel, unter Ausschaltung der freien Konkurrenz der Ware einen Preis zu verschaffen, der dem jeweilig Beteiligten am günstigsten ist. Die Großindustrie übt ihren Einfluß aus, um den Kleinhandelspreis einer Ware allein zu bestimmen. Vielen Händlern wird der Verkaufspreis genau vorgeschrieben. Kohlen, Salz, Bier, Petroleum und viele andere Waren mehr unterliegen durchaus nicht dem Befehle der freien Konkurrenz. Preissteigerungen und Preisnachlässe sind unmittelbare Folgen von Preisverabredungen unter starken wirtschaftlichen Organisationen. Die Einrichtung der Markenartikel, wo es sich besonders um Waren des Massenkonsums handelt, zeigt gleichfalls die Wirkung organisierter Preisverabredung. Der Verstoß gegen die

vorgeschriebenen Preise wird nicht so selten mit schwerer wirtschaflicher Schädigung des Verbrauchers beantwortet.

Durch die Arbeit der modernen Gewerkschaften ist auch die Ware Arbeitstrakt wenigstens zum Teil der Anwirkung durch das Gesetz der freien Konkurrenz entzogen worden. Die schwingende Tarifarbeit der Gewerkschaften hat vermocht, die Arbeitskraft unter wesentlich anderen Preisbedingungen zu stellen, als es zu einer Zeit der Fall war, wo von Lohnfestsetzungen durch große gewerkschaftliche Organisationen nicht die Rede sein konnte. Hier also ist die Betätigung der wirtschaftlichen Macht des Unternehmers in gewissen Grenzen gebunden. Es darf aber nicht wundernehmen, wenn das Unternehmertum als Verkäufer der Produktionsmittel und damit als bevorrechtigt im Wirtschaftsleben nach einem Ausgleich für die Schwächung ihrer wirtschaftlichen Macht, die in der Leistung des Arbeitslohnes, welche trotz Unkosten haltbar ist, dann die Entlohnung und des Vermögenswertes der Arbeiterschaft auf dem Gebiete des Arbeitslohnes durch Preis-erhöhungen wieder wettgemacht werden. Wenn auch sowohl bei der Festlegung der Preisgrenze als auch bei der Entlohnung Angebot und Nachfrage, als die Verkäufer immer noch mitwirken an keiner Stelle als vollkommene Verkäufer, sind diese Preisbestimmungsmethoden zu verstehen, ist es doch die Möglichkeit, jeder nach seinem Einkommen zu geben Lohn und Preis durch die Macht der wirtschaftlichen Organisationen zu lassen. Die Folge davon ist, daß trotz wachsender Lohnforderungen der Preis für den Unternehmer durchaus nicht fällt, sondern oftmals sogar ansteigt, als der Lohn steigt, eine Folge die der organisierten Arbeiterbewegung in der Warenherstellung und des Verbrauchers zu denken ist. Hier ist demnach eine Einrichtung nötig, die der Preisveränderung die Bedrückung des Verbrauchers entgegensteht, mit anderen Worten: hier muß der Zusammenstoß der Verbraucher, ihre wirtschaftliche Macht einbringen, um bei der Preisbestimmung einwirkend mitzureden. Aus alledem ist die Notwendigkeit der sozialwissenschaftlichen Organisationen zwingend zu folgern.

Der hygienische Maximalarbeitsstag im Gastwirts-gewerbe. Die letzte Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1911 hat eine Änderung der Bestimmungen über den sogenannten hygienischen Maximalarbeitsstag gebracht. Bis dahin war nur der Bundesrat befugt für solche Gewerbe in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Verfügungen zu erlassen, durch welche Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit bestimmt wird. Nach dem jetzigen Wortlaut des § 120f der Gewerbeordnung sind nunmehr auch die Landeszentralbehörden ermächtigt, derartige Verfügungen zu erlassen. Ferner können die zuständigen Polizeibehörden für einzelne Betriebe Verfügungen dieser Art erlassen.

Von diesem Rechte hat jetzt die Regierung von Oberbayern zum ersten Male für das Gastwirts-gewerbe, und zwar für den Polizeibezirk München, Gebrauch gemacht. Nach dem Erlaß der bayerischen Regierung werden die Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1902 auf das Hilfspersonal ausgedehnt. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft. Die oben bezeichnete Bundesratsverordnung hat für die gastwirtschaftlichen Angestellten einen kleinen bescheidenen Schutz ihrer Arbeitskraft gebracht. Außerst bescheiden — den sechsstündigen Maximalarbeitsstag und alle 14 Tage, in Städten von unter 20 000 Einwohnern alle drei Wochen, einen Ruhetag für die Lehrlinge unter 16 Jahren ist eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit vorgeschrieben. Nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens dürfen jugendliche Leute nicht beschäftigt werden. Das ist so das wesentlichste des vielgerühmten Arbeiterschutzes im Gastwirts-gewerbe. Das schlimmste aber ist, daß diese Bestimmungen sich nur auf das gelernte Personal beziehen. Keiner Nachschüler sind geschützt. Als Tage Hausdiener, Küchenmädchen usw. können die jugendlichen Angestellten im Gastwirts-gewerbe, aber in unbegrenzter Arbeitszeit ausgebeutet werden. Alle Versuche der Organisation, hierin Wandel zu schaffen, sind mehrere hunderttausende umfassenden Heere des Hilfspersonals auch meistens die Keime des Gesetzes teilhaftig werden zu lassen, sind immer wieder gescheitert an dem Widerstand der Regierung und der bürgerlichen Parteien.

Durch die Gewerbeordnung ist also jetzt ein Ausweg gefunden. Bis jetzt hat sich freilich wie schon erwähnt, nur die Münchener Polizeibehörde dem verziehen können, den Widerstand der durch die unterschiedliche Behandlung von gelerntem und ungelertem Arbeiter durch die Bundesratsverordnung gesucht zu korrigieren. In der Münchener Verordnung sind auch die Fremdenpensionen mit einbezogen. Mit Recht, denn in diesen sind die Arbeitsverhältnisse nicht besser als in den eigentlichen Gastwirtschaften. So wenig es ist, gegenüber den derzeitigen Zuständen ist es ein kleiner Fortschritt. Vorzuziehen wäre natürlich eine reichsrechtliche Regelung. Wie die Dinge liegen, wird die Organisation der Gastwirtsgehilfen überall an die orts-polizeilichen Behörden mit der Forderung herantreten müssen, dem Münchener Beispiele zu folgen.

Im übrigen ist der § 120f natürlich auch anwendbar auf andere Gewerbe, vor allem solchen die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, die alle unter einer langen Dauer der Arbeitszeit zu leiden haben, sich die neue Gesetzeslage zunutze machen.

Der hygienische Maximalarbeitsstag im Gastwirts-gewerbe. Die letzte Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1911 hat eine Änderung der Bestimmungen über den sogenannten hygienischen Maximalarbeitsstag gebracht. Bis dahin war nur der Bundesrat befugt für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Verfügungen zu erlassen, durch welche Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit bestimmt wird. Nach dem jetzigen Wortlaut des § 120f der Gewerbeordnung sind nunmehr auch die Landeszentralbehörden ermächtigt, derartige Verfügungen zu erlassen. Ferner können die zuständigen Polizeibehörden für einzelne Betriebe Verfügungen dieser Art erlassen.

Von diesem Rechte hat jetzt die Regierung von Oberbayern zum ersten Male für das Gastwirts-gewerbe, und zwar für den Polizeibezirk München, Gebrauch gemacht. Nach dem Erlaß der bayerischen Regierung werden die Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1902 auf das Hilfspersonal ausgedehnt. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft. Die oben bezeichnete Bundesratsverordnung hat für die gastwirtschaftlichen Angestellten einen kleinen bescheidenen Schutz ihrer Arbeitskraft gebracht. Außerst bescheiden — den sechsstündigen Maximalarbeitsstag und alle 14 Tage, in Städten von unter 20 000 Einwohnern alle drei Wochen, einen Ruhetag für die Lehrlinge unter 16 Jahren ist eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit vorgeschrieben. Nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens dürfen jugendliche Leute nicht beschäftigt werden. Das ist so das wesentlichste des vielgerühmten Arbeiterschutzes im Gastwirts-gewerbe. Das schlimmste aber ist, daß diese Bestimmungen sich nur auf das gelernte Personal beziehen. Keiner Nachschüler sind geschützt. Als Tage Hausdiener, Küchenmädchen usw. können die jugendlichen Angestellten im Gastwirts-gewerbe, aber in unbegrenzter Arbeitszeit ausgebeutet werden. Alle Versuche der Organisation, hierin Wandel zu schaffen, sind mehrere hunderttausende umfassenden Heere des Hilfspersonals auch meistens die Keime des Gesetzes teilhaftig werden zu lassen, sind immer wieder gescheitert an dem Widerstand der Regierung und der bürgerlichen Parteien.

Durch die Gewerbeordnung ist also jetzt ein Ausweg gefunden. Bis jetzt hat sich freilich wie schon erwähnt, nur die Münchener Polizeibehörde dem verziehen können, den Widerstand der durch die unterschiedliche Behandlung von gelerntem und ungelertem Arbeiter durch die Bundesratsverordnung gesucht zu korrigieren. In der Münchener Verordnung sind auch die Fremdenpensionen mit einbezogen. Mit Recht, denn in diesen sind die Arbeitsverhältnisse nicht besser als in den eigentlichen Gastwirtschaften. So wenig es ist, gegenüber den derzeitigen Zuständen ist es ein kleiner Fortschritt. Vorzuziehen wäre natürlich eine reichsrechtliche Regelung. Wie die Dinge liegen, wird die Organisation der Gastwirtsgehilfen überall an die orts-polizeilichen Behörden mit der Forderung herantreten müssen, dem Münchener Beispiele zu folgen.

Im übrigen ist der § 120f natürlich auch anwendbar auf andere Gewerbe, vor allem solchen die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, die alle unter einer langen Dauer der Arbeitszeit zu leiden haben, sich die neue Gesetzeslage zunutze machen.

Bermischtes

Der Ueberschmod. Die leichteste Erkältung des alten Kaisers von Oesterreich gibt immer zu den schwersten Besorgnissen Anlaß. Aber diesmal war's gar so viel schlimmer. Alle Schmöcke waren angefressen. Ihr Handwerk trieb die tollsten Blüten, lag doch ein Katarrh der Luftröhrenäste vor, und sie setzten, ergriffen von den Fiebererscheinungen, die bei dem alten Herrn auftraten, das ganze Welttheater in helle Bewegung. Auf die Börse wirkte lähmend schon ein Wiltzhachee, das Lieblingsgericht des Kaisers, das in die Küche zurückwandern mußte, und die Papiere sanken mit jeder Steigung der hohen Temperatur des hohen Patienten.

Aber wie immer, war es auch diesmal der Lokalanzeiger, der (in der Zeit der Not) publizistisch aus dem Vollen schöpfte. Er gab von dem Wien dieser Tage ein Bild, das hier um jeden Preis höher gehängt werden muß.

„Man sieht,“ erzählt er, „man sieht sie nicht, diese Art Vahnung, die über die Stadt kommt, wenn der Kaiser krank wird. Die Menschen ziehen wie sonst ihre Straße und die elektrischen Bahnen und Autos lärmen wie sonst. Und doch hält jeder den Atem an und wird nachdenklich. Ein unsichtbarer Sogler senkt sich gleichsam herab, als ob er eine Zukunft zu verhüllen hätte.“ Die Autos lauten wie sonst, aber der Chauffeur hält den Atem an und wird nachdenklich. „Es geht wie ein Ruck durch die Bevölkerung, wenn in der Zeitung steht, der Kaiser habe sich erkältet. Da kommt es wie eine schmerzhafteste Ratlosigkeit über die Menge.“

Eine Art Vahnung, die man nicht sieht, kommt über die Stadt, ein Ruck geht durch die Bevölkerung, jeder hält den Atem an und mit einem Schreck geht die Phantasie durch, und ferner so mit einer schmerzhaften Ratlosigkeit über die Menge, er aber weiß sich zu helfen. Und ob auch die „Sprache der Bulletins“ immer beängstigender wird, er wagt sich mit den schätzbaren Impressionen hervor; für das kostbare Leben des Kaisers gibt man fast keinen roten Heller mehr, er aber verdient.

Nur für Herren! Professor Noethe von der Berliner Universität hat seine Vorlesungen: „Geschichte der deutschen Literatur des siebenzehnten Jahrhunderts“ damit begonnen, daß er der weiblichen Hörschicht ankündigte: er werde während des Semesters einige Male die Damen bitten, bei bestimmten Vorlesungen nicht zu erscheinen.

Wie verlautet, wird das Vorgehen Schule machen. Die Dozenten der verschiedenen Fakultäten sollen beschließen haben, bei Behandlung diverser Thematika Hörschülerinnen auszuschließen. Und zwar: der Anatom bei Demonstration des Adamsapfels; der Theologe bei den Kapiteln von der Liebe des Nächsten und der unbesetzten Empfängnis; der Jurist bei den §§ 759 bis 761 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Titel: Leibrecht; der Astronom beim Durchgang der Venus; in der Technischen Hochschule: Konstruktion der Mutterkornschrauben.

Auf besonderen Senatsbeschuß hin sollen, wie eine allerdings noch unverbürgte Nachricht wissen will, in der Chemie Immatrikulationen von Studentinnen überhaupt nicht mehr stattfinden, da die Chemie die — Scheidepunkt ist. Im übrigen wird weiter eifrig nach anstößigen Themen gesucht, und demnächst sollen Preise für das Finden solcher am „Schwarzen Brett“ angekreidet werden. Angeregt wurde, für die Zukunft Vorlesungen, die ohne Damen stattfinden sollen, in den männlichen Abteilungen der Fakultäten abzuhalten, da die dortigen Türschreiber „Für Herren!“ schon vorhanden und

Frost im Mai. In der Nacht zum Sonntag trat in Berlin scharfer Frost ein. Die Temperatur fiel Sonntag früh stellenweise auf vier Grad. In weniger geschützten Lagen wurde ein den Blüten und jungen Blättern manches vernichtet. Wie das R. Z. aus Trier berichtet, ist in den Weinbergen der Obermosel und an der Saar die Vegetation erheblich durch Kälte; auch in Thüringen soll die Obstblüte durch Nachtfrost stark geschädigt sein. — Das böige Wetter am Sonntag wurde auf verschiedenen Gewässern der näheren und weiteren Umgebung Berlins verhängnisvoll. Auf dem Seddiner See kenterte eine sehr bekannte Segeljacht. Ihr Führer Gebrüde soll dabei den Tod gefunden haben. Seine Begleiterin wurde gerettet.

Schweres Automobilunglück. Aus Berlin wird gemeldet: Auf der Krafower Chaussee geriet am Sonntag das Automobil des Herrn v. Tiele-Windler auf Rothen Moor, 200 m von der Frau v. Müller-Hohen-Ludow, der Chauffeur und ein Diener saßen, auf der abschüssigen Chaussee auf einen Nebenweg und schlug um. Frau v. Müller war sofort tot, Tiele-Windler wurde schwer verletzt. Der Chauffeur erlitt leichtere Verletzungen; der Diener konnte vorher abspringen.

Drei Personen verbrannt. Nach in Wittenberg eingetroffener Meldung ist in Velsahn die Riechlingische Bäckerei vollständig niedergebrannt. Die beiden Lehrlinge und ein Mädchen wurden vernichtet und bürgten in den Flammen umgekommen sein. Die Tochter des Bäckermesters hat erhebliche Brandwunden erlitten.

Mord und Selbstmord. Aus Berlin-Teptom wird gemeldet: Im Ortsteil Baumshufenweg erschoss in der Nacht die 40-jährige Witwe Staffel ihren Geliebten, den Zahnarzt bei der Landesverfugung, Eber, und darauf sich selbst. Das Paar bewohnte eine gemeinsame Wohnung. Ihr Zusammenleben war häufig von heftigen und lärmenden Ausfällen unterbrochen.

An einem Tag zwei Todesurteile. In Heilbronn wurde der Mörder Wurf aus Göttingen vom Schwurgericht zum Tode verurteilt. — Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte den Buchhändler Rumpf, der 1912 die Giftdame Schwarz aus Budapest ermordete und darauf in München verhaftet wurde, zum Tode.

Die Anführer einer Räuberbande wurden in Scatowa in Rußisch-Polen verhaftet. Bekanntlich wurde seit längerer Zeit das russisch-polnische Grenzgebiet unsicher gemacht. Die Verhafteten sind die beiden lang gesuchten Verbrecher Blukacz und Makiel. Blukacz hat im ganzen vier Morde auf dem Gewissen. Er erschoss in Peczorski-Herby einen deutschen Grenzbeamten und bei Czestochau einen Oberwachmeister. Beide Banditen standen im Zusammenhang mit dem Kattowitzer Bankraub.

Luftmord. Auf der Chaussee nach Jüterbog wurde Freitag morgen die zwölfjährige Anna Lehmann aus dem Dorfe Hausen durch einen Mann auf dem Wege nach der Schule von einem Manne überfallen, vergewaltigt und durch Schaufelschläge niedergestreckt. Das bewußtlose schwerverletzte Kind wurde ins Krankenhaus nach Jüterbog gebracht, wo es bald starb. Bisher ist ein Mann aus Jüterbog und ein anderer aus Ludenwalde festgenommen worden.

Eisenbahnkatastrophe. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich bei Niedersaulheim bei Alzen. Freitag, vormittags 8,05 Uhr, trieb der von Alzen nach Mainz fahrende Personenzug 437 bei der Station Niedersaulheim auf eine zurückkehrende Rangierabteilung des Güterzuges 8100. Tot sind der Lokomotivführer des Personenzuges 437 Lehr-Alzen, Fräulein Elise Wieland-Monheim, Witwe Anna Guttat-Wörstöt; schwer verletzt sind der Heizer des Personenzuges 437 Magsam-Alzen und vier Reisende; leicht verletzt etwa zehn Personen. Vier Wagen des Personenzuges und drei Wagen des Güterzuges und die beiden Lokomotiven wurden erheblich beschädigt.

Beraubung zweier Kassenboten. Freitag nachmittag wurden in Genoa die Kassenboten, die von einer Bankfiliale 150 000 Lire nach dem Zentralfiz trugen, von zwei Unbekannten angefallen, niedergeworfen und des Geldbeutels beraubt. Einer der Boten gab drei Revolverkugeln auf die Fliehenden ab, ohne zu treffen. Der eine Räuber wurde dann eingeholt und verhaftet, der andere, der das Geld an sich genommen hatte, ist entkommen.

Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für eure Zeitung!

Preussischer Kommis Soldatengeschichten von August Winnig. Inhalt: Zwei Beschwerden — Der Kaiserpreis — Guten Morgen, Herr Hauptmann — Der Pfingsturlaub — Jenseits der Menschlichkeit — Auf Festung — Das Reservebild — Grenadier Gimm — Finale. Preis gut gebunden 2,— Mark. Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten. Neuerdings ist die Reklamation eines Parteibüchkes wegen Abdruck des Inhalts bestrast worden. Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte des Buches.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Geld eine noch viel größere Armee auf die Beine bringen kann, unterliegt keinem Zweifel. Der Wahnsinn des Militarismus wird gerade dadurch augenfällig, daß die Völker sich verbluten und schließlich doch alles beim alten läßt.

Allmählich wird aber auch bürgerlichen Kreisen klar, daß der „Militarismus uns aufricht“, wie es ein Zentrumblatt vor kurzem ausdrückte, und daher muß durch allerlei Ränke dem lieben Publikum vorgegaukelt werden, daß Deutschland immer noch neue Opfer bringen könne. Da ist ein Herr Carthaus, Geheimrat Oberfinanzrat und Oberzolldirektionspräsident in Polen, der im Scherzlichen Tag es unternimmt, die Frage zu bejahen: „Können dem deutschen Volke weitere Rüstungslasten auferlegt werden?“ Der gute Mann macht allerlei statistische Uebungen, um herauszurechnen, daß Deutschland sowohl genügend Menschen als auch Geld hat, um eine noch viel größere Armee zu unterhalten.

Das erste soll bewiesen werden durch die Tatsache, daß nicht alle Militärpflichtigen alljährlich ausgehoben werden. Der Herr Oberfinanzrat rechnet heraus, daß eigentlich im Jahre 1912 bereits 298 000 Heerespflichtige mehr vorhanden waren, als man nach der neuen Heeresvorlage braucht. Indessen haben zwei Fachleute, ein hoher Offizier in der Wollischen Zeitung und der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes Kuehnst im Berliner Tageblatt ihm nachgewiesen, daß er grobe Schnitzer macht. Es handelt sich darum, daß heute bekanntlich von den jungen Weibern im zwanzigsten Lebensjahre, die sich stellen, ein Teil „zurückgestellt“ wird, weil sie zu schwach sind und man hofft, daß sie sich in den nächsten zwei Jahren noch kräftigen. Wollte man nach dem Carthauschen Rezept verfahren, so müßte man das unterlassen und es ständen dann allerdings für ein Jahr mehr Rekruten zur Verfügung, die aber in den nächsten beiden Jahren fehlen würden. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß auch die Rekrutenzahl, die nach der letzten Heeresvorlage vorgegeben ist, nur zu beschaffen sein dürfte, wenn die Anforderungen in bezug auf die Tauglichkeit herabgesetzt werden. Das aber ist ein gefährliches Beginnen, weil auf diese Weise der Gesundheitszustand in der Armee sich verschlechtern muß. Der militärische Sachverständige in der Wollischen Zeitung sagt denn auch:

„Werden die Ansprüche an die Tauglichkeit zu sehr herabgesetzt, so wird nicht nur die Zahl der Kranken, sondern in höherem Grade die der Invaliden steigen, für die dann noch höhere Aufwendungen zu machen sind, ohne daß der Staat etwas davon hat. Einsichtige französische Offiziere sehen denn auch in dem Zahlenwahnsinn, der mehr Wert auf Größe als auf Güte des Heeres legt, die Ursache einer Schwächung der Armee. Sie befürchten nicht mit Unrecht, daß infolge der ersten Kriegsmärche die Lazarette durch Schwächlinge, die den Anstrengungen nicht gewachsen sind, überfüllt werden. Der besaunte Militärschriftsteller Oberst Debon schätzt diesen Abgang auf 30 v. H. der Stärke. Das hindert aber unsere Rüstungsfanatiker nicht, zu fordern, daß die französische Torheit nachgemacht werde.“

Die Kosten machen den Rüstungsfanatikern noch weniger Sorgen. Unser Oberfinanzrat z. B. schwelgt in der Ausmalung des Reichthums Deutschlands. Er will partout noch 45 000 Soldaten mehr haben, als die letzte Heeresvorlage vorseht und rechnet mit einer Mehrausgabe von 140 Millionen Mark jährlich. Das sei eine Kleinigkeit, meint er, angesichts des Reichthums Deutschlands.

Zur Beruhigung der Patriotischen erklärt er indessen, „daß eine Wiederholung des Wehrbeitrags als Art der Weid-erhebung gesetzlich unbedingt ausgeschlossen ist“ und im Eifer sagt er es dreimal. Aber auch andere Formen der Besteuerung der Besitzenden sind nicht nach seinem Geschmack. Er schwelgt zwar in Zahlen, die die gewaltige Zunahme des Reichthums bezeugen sollen (die dilettantenhafte Schätzung des Bankdirektors Helfferich hat es ihm angetan), aber als vorsorglicher Mann bemerkt er „insbesondere ist das Einkommen der besitzenden Klassen, trotz der starken Zunahme des Kapitalreichtums, nicht in stärkerem Maße gestiegen, als das Einkommen derjenigen Schichten, die ausschließlich oder vorwiegend auf das Erträgnis ihrer Arbeit angewiesen sind.“ Daß erwiesenermaßen in den letzten Jahren die Kosten des Lebensunterhaltes stärker gestiegen sind, als die Löhne, kümmert den Herrn nicht und seiner Weisheit letzter Schluss ist — mehr indirekte Steuern. Aus Bier, Branntwein, Wein, Tabak sind noch viele Millionen zu holen, meint er und auch für weitere Stempelsteuern und Monopole begeistert er sich.

Es ist die alte Weisheit, wie man sieht; das Volk soll zahlen bis zum Weißbluten. Aber wenn eine hohe Regierung bei der letzten Wehrvorlage mit sauerstücker Miene dazu griff, einen Teil der Ausgaben durch direkte Steuern zu decken, so geschah es in der Hauptsache darum, weil man genau wußte, daß nach der Brandschätzung vom Jahre 1909 eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern nicht durchführbar ist. Es würde dann einfach der Verbrauch zurückgehen und die Erträge würden sich vermindern.

Indessen hat Herr Carthaus insofern recht: der „Reichthum Deutschlands“ ist gewaltig gestiegen und wird voraussichtlich auch in der nächsten Zeit steigen, wenn man darunter den Reichthum der kapitalistischen Bourgeoisie versteht. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß man durch direkte Steuern, durch Besteuerung der großen Vermögen und des Einkommens noch sehr erhebliche Einnahmen für öffentliche Zwecke heraus-holen kann. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß das Volk sich zufrieden geben kann, wenn weiterhin hunderte von Millionen für militaristische Zwecke vergeudet werden, sobald die Mittel von den Kapitalisten aufgebracht werden. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, neue direkte Steuern einzuführen, um die indirekten Steuern aufzuheben, ferner darin, durch Besteuerung des Mehrwerts einen Teil des Resultates der Arbeit der Arbeiterklasse für öffentliche Zwecke, für Zwecke der wirklichen Wohlfahrt bereitzustellen. Es harren unausschiebbare Kulturaufgaben, auf dem Gebiete des Schulwesens, des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens, der Hebung der Produktionskräfte (Urbarmachung von Oedland, Ausharmachung der Wasserkraft usw.). Jede Million, die für solche Zwecke verausgabt wird, bringt Gewinn; jede Million für militaristische Zwecke ist vergebelt.

Doch mehr noch: jeder weitere Schritt auf dem Wege des Militarismus steigert die Gefahr des Massenmordes, des

Krieges, der uns in der Kultur zurückwerfen würde und gerade deshalb vor allem gilt es mit aller Macht, diese Gelüste zu bekämpfen.

## Danziger Nachrichten

Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände findet am morgigen Mittwoch, 8 Uhr abends, im Steppuhnschen Lokale statt. Auf der Tagesordnung steht ein so ungewöhnlich wichtiger Gegenstand, daß jedes Mitglied, das nicht erscheint, seine Pflicht g r o ß l i c h v e r l e h t.

### Verjährung der Ansprüche Unfallverletzte.

Nach der Reichsversicherungsordnung ist, wenn eine Unfallentschädigung nicht von Amtes wegen festgestellt wird, der Anspruch auf Unfallrente spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei der Berufsgenossenschaft anzumelden. Nach Ablauf dieser Frist kann ein Anspruch auf Rente nur erhoben werden, wenn entweder eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist, oder wenn der Berechtigte an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens liegen. In solchen Fällen muß aber die Anmeldung des Anspruches innerhalb drei Monaten nach Eintritt der neuen Unfallfolge oder nach Wegfall des Hindernisses erfolgen. Werden diese Fristen versäumt, so tritt Verjährung ein, und der Verletzte wird, wenn er nachdem noch Ansprüche geltend macht, damit abgewiesen.

Manche Verletzte meinen, ihr Anspruch sei bereits genügend geltend gemacht, wenn sie den Unfall dem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter melden, denn der Unternehmer hat ja laut Gesetz binnen drei Tagen jeden Unfall in seinem Betriebe, sofern damit eine längere als dreitägige Arbeitsbeschränkung verbunden ist, anzuzeigen.

Diese Ansicht ist aber irrig. Die Anzeige, die dem Unternehmer obliegt und für deren Unterlassen er von der Berufsgenossenschaft mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft werden kann, ist nicht gleichbedeutend mit der Anmeldung eines Anspruches auf Entschädigung, der, falls die Feststellung nicht von Amtes wegen erfolgt, von dem Verletzten selbst ausgehen muß. Da selbst dann, wenn eine Berufsgenossenschaft das Feststellungsverfahren von Amtes wegen eingeleitet, aber nicht durch berufsunfähigen Weisheit zum Abschluß gebracht hat, kann Verjährung des Anspruches eintreten, wenn sich der Verletzte nicht beizeiten rührt. Ist der Anspruch einmal rechtzeitig angemeldet, so kann er durch weiteren Fristablauf nicht verloren gehen. Von der „Anzeige“ ist die „Anmeldung“ des Anspruches wohl zu unterscheiden; die Anzeige mahnt, wie das Reichsversicherungsamt ausdrücklich festgestellt hat, den Anspruch nicht, und auch die Mitteilung eines Unfalls an den Unternehmer oder an einen Vorgesetzten stellt keine „Anmeldung“ des Anspruches dar.

Wie nicht aber ein Verletzter um seine Ansprüche kommen kann, wenn er sich auf die Anzeige des Unfalls durch den Unternehmer verläßt und seinen Anspruch selbst nicht rechtzeitig geltend macht, lehrt folgender Vorgang:

Ein Arbeiter war aus einer im Interesse des Betriebes unternommenen Geschäftstour vom Rade gefallen und hatte sich eine Verrenkung des linken Schultergelenks zugezogen, die seine Erwerbsunfähigkeit nicht unerheblich beeinträchtigte. Im September 1911 meldete der Arbeiter seine Ansprüche bei der Berufsgenossenschaft und gab als Unfalltag den 28. September 1910 an. Im Februar 1912 lehnte die Berufsgenossenschaft den Anspruch ab, weil Unfallfolgen nicht mehr vorhanden seien. Es machten sich zwecks Weiterverfolgung des Anspruches lange Erörterungen notwendig, und als endlich im September 1912 in der Streitsache des Verletzten vor dem Oberversicherungsamt verhandelt wurde, wurde die Berufung verworfen, weil durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen worden war, daß der Verletzte schon am 4. Juni 1910 an Schulterverrenkung behandelt worden sei. Nunmehr, am 7. September 1912, wurde vom Verletzten ein neuer Antrag gestellt, und zwar mit dem Bemerkten, daß sich der Unfall tatsächlich am 4. Juni 1910 ereignet hat, und daß die Angabe des 28. September 1910 als Unfalltag irrtümlich und nur deshalb gegeben sei, weil sich an diesem Tage der Unfall wiederholt habe. Die Berufsgenossenschaft lehnte nunmehr den Anspruch wegen Verjährung ab, und das Oberversicherungsamt, das für erwiesen erachtete, daß der Kläger im Betriebe einmal auf einem Geschäftswege mit dem dabei benutzten Fahrrad gestürzt ist, nahm auf Grund des ärztlichen Gutachtens an, daß es sich am 4. Juni 1910 nur um eine durch den Sturz ausgelöste vorübergehende Erscheinung eines schon vorher bestandenen Leidens gehandelt hat, die nicht ausreicht, die Berufsgenossenschaft für dieses Leiden selbst entschädigungspflichtig zu machen. Jetzt hat das Reichsversicherungsamt auch den gegen diese Entscheidung, erhobenen Rekurs zurückgewiesen, und zwar wegen Verjährung. Der Kläger hat, so sagt das Reichsversicherungsamt, die zweijährige Frist versäumt; er hat erst am 7. September 1912 bei der Berufsgenossenschaft Entschädigungsansprüche aus dem angeblichen Unfall vom 4. Juni 1910 geltend gemacht.

Der Verletzte ist, wie ihm ärztlich festgestellt wird, durch die Verletzung um 50 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Die Invalidenrente kann er nicht bekommen, weil er noch nicht volle zwei Drittel seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat, Unfallrente aber wird ihm unter Hinweis auf die Verjährung seines Anspruches abgelehnt. Bei rechtzeitiger Verfolgung des Anspruches hätte sich diese schwere Schädigung des Verletzten vermeiden lassen.

Das Maifest der Danziger Arbeiterschaft am vergangenen Sonntag füllte den letzten Platz in dem Garten und den sonstigen Räumlichkeiten des Restaurants Bürgergarten. Das Komitee hatte für Kurzweil und Unterhaltung aufs beste gesorgt. Der Gesangsverein Sängergesellschaft erfreute die zahlreich Erschienenen durch mehrere Lieder. Die Feier dauerte bis in die späten Nachstunden.

Die Hausgewerbetreibenden müssen sich und die Personen, die sie beschäftigen, zur Krankenkasse anmelden. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Danzigs macht bekannt:

Unter Hinweis auf die am 15. April 1914 in dieser Zeitung veröffentlichte Aufforderung

- an die Hausgewerbetreibenden, sich und ihre hausgewerblich Beschäftigten anzumelden,
- b) an die Auftraggeber, die gesetzlich vorgeschriebenen Listen einzulegen.

ergeht nunmehr unter der Androhung der gesetzlichen Strafen; und zwar an die Hausgewerbetreibenden gemäß §§ 12 und 13 der Satzung, an die Auftraggeber gemäß §§ 473 und 530 R.V.O., nochmals die Aufforderung, die Anmeldungen innerhalb von drei Tagen zu bewirken bzw. die Listen einzulegen.

Die Meldeformulare sind an den bekannten Stellen zu haben; die Listen bei der Papier- und Schreibwarenhandlung von Wilhelm Hoffmann, Gr. Herbergasse und bei der Firma W. F. Bureau, Langgasse, käuflich.

Genosse Crispian ist wegen „Beleidigung“ des Pfarrers Lamparter in Stuttgart zu 100 Mark Strafe verurteilt worden. Lamparter war bei der letzten Landtagswahl der Kandidat der nationalliberalen Partei in Stuttgart. Die „Beleidigungen“ wurden in einem Artikel der Schwäbischen Tagwacht gefunden, in dem u. a. gesagt war:

Lamparter verleugne die Grundsätze seiner Partei und habe in einer Versammlung erklärt, „das nationalliberale Programm sei für ihn nicht mehr als ein Stück Papier“. Die Taktik Lamparters wird als ein Spiel mit unehrlichen Mitteln bezeichnet. Weiter war von Vertuschungsmanövern die Rede.

Daß jemand der Kämpfer in die politische Arena hinabgestiegen ist, sich seine Ehre durch ein Gerichtsurteil reparieren läßt, ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Auch das ganze Verfahren dort war mehr ostentativ als süddeutsch, denn Genosse Crispian mußte wiederholt in energischer Weise sein Beleidigungsrecht wahren. Die Urteilsbegründung riecht ebenso sehr nach dem deutschen Osten. Zunächst gab der Vorsitzende bei der Urteilsbegründung im wärmsten Tone eine Ehrenerklärung für Lamparter ab: Das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Herr Lamparter nicht das Programm seiner Partei verleugnet, nichts veruscht, nicht im Interesse des Stimmengangs mit falschen Karten gespielt habe.

Dann ist gesagt: dem Angeklagten sei der Schutz des Paragraphen 193 zugebilligt, aber das Gericht habe angenommen, daß der Angeklagte nicht in gutem Glauben an die Wahrheit seiner Unterlagen gehandelt habe.

Außerdem seien auch in den Worten Charakterlosigkeit, Mangel an festen Grundfragen, Spiel mit falschen Karten, formale Beleidigungen zu erblicken. Bei der Strafbemessung wurde zugunsten des Angeklagten in Betracht gezogen, daß er seit dem Jahre 1911 nicht mehr bestraft wurde, ebenso die bevorstehende Wahl und die damit bedingte Eile, durch die eine genaue Abwägung und Prüfung nicht mehr stattfinden konnte.

Besser hätte man es bei uns auch nicht machen können.

Die Abonnenten der Arbeiterjugend marschierten am vergangenen Sonntag nach D t t o m i n u. Das war ein fröhlich wandern! Ein sonniger Frühlingstag, wie zur Wanderung geschaffen. Eine stattliche Schar junger Freunde und Freundinnen hatte sich auf den Weg gemacht. Am idyllisch gelegenen Dttominer See war Raft, doch gar bald hallte der im frischen Grün prangende Wald wider von dem fröhlichen Lachen der jungen Leute. Volks- und Wanderlieder halfen den Müdeweg verkürzen, und gegen 8 Uhr abends langten die Wanderer wohlbehalten wieder in Danzig an.

Die Arbeiter-Radfahrer Danzigs benutzten den letzten Sonntag zu einer Ausfahrt nach Rahlbude. Die Beteiligung war gut.

Schon die blühenden Bäume! Der junge Frühling hat Millionen Blütenknospen gesprengt. Im duftigsten Blütenhnee prangen die Obstbäume. Alt und Jung erfreut sich der Blütenpracht. Die Freude an der Natur darf aber nicht soweit gehen, daß Äste und Zweige abgebrochen werden.

Bernünftige Menschen und wirkliche Naturfreunde schonen die Natur und berauben Bäume und Sträucher nicht ihres herrlichen Schmuckes!

Eine weibliche Leiche wurde gestern nachmittag in der Mottlau unweit der Aebargasse entdeckt. Sie wurde nach dem Bleihofe gebracht. Die Tote ist ungefähr 25 Jahre alt und kam noch nicht lange im Wasser gelegen haben.

Gestorben ist der 25 Jahre alte Heizer Richard Joneit, der bei dem nächtlichen Streit in Neufahrwasser durch einen Revolverbeschuß des Saugmanns Boy schwer verletzt wurde. Der zweite Verletzte ist noch nicht außer Lebensgefahr.

Die Feuerwehr beschäftigte sich Sonntag nachmittag mit einem Bodenbrand in dem Hause Bartholomäi-Kirchengasse 7/8. Nach einstündiger Arbeit waren die Flammen gelöscht.

### Polizeibericht vom 3. und 4. Mai.

1. Verhaftet: 25 Personen, darunter 5 Personen wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 2 wegen Betrugs, 2 wegen groben Unfalls, 8 wegen Trunkenheit.

2. Todsdramen: 4 Personen.

3. Gefunden: 1 Nahrungskarte für Gertrud Schlesiński, 1 Doppelschüssel, 1 Ritzelpincenez mit schwarzer Schmir. Abzuholen aus dem Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums.

### Standesamt vom 4. Mai.

Danzig.

Todesfälle: Zimmergenosse Andreas Ehler, fast 84 J. — Frau Anna Subjat, geb. Dambel, 24 J. 2 M. — Heizer Richard Joneit, 25 J. 10 M. — Witwe Juliana Popp, geb. Rogard, 79 J. 6 M. — Witwe Maria Janda, geb. König, 79 J. 6 M. — Privatlehrer Gustav Klaus, 68 J.

## Bermischtes

### Wahlkisten in Südfrankreich.

Die Wollische Zeitung bringt ein Stimmungsbild von Stefan Großmann über eine Wahlreise mit Jaurès. Daraus interessiert besonders, was Großmann über Wahlkisten in diesem Teile Frankreichs mitteilt.

Hier ist gewissermaßen das Eigentum des Herrn Delcasse. Raum ist man dem Bahnhof entlegen und über die Brücke gewandert, so sieht man schon in der Rue Théophile Delcasse, offenbar nach einem früheren Foch der Stadt benannt. Von Wahltrieb ist in dem mehrmals ins Tal geklimmten Städtchen nichts zu bemerken. Herr Delcasse ist der gottgegebene Führer hier, und wenn ein Mann im Stille ließe, so gäbe es glücklicherweise einige andere Methoden, die ihn unbesiegbare als Schüler machen. Wenn nämlich dieser Kandidat eine bedrohte Seele war, er wurde sie mit einem kalten Stimmzettel plattieren. Hier im Süden wird noch penibel an gestört geschwindelt.

Selbst in Toulouse dort wo immer geklagt, daß so viele tote Seelen die offizielle Wahlkarte verfehlern. Ich weiß von Wägen der Stadt, wie gefährlich viele Wähler dem freien Gedanken sind und ab begreife das verdrückte Gefühl meiner Traulicher Vertrauensmannes, der von der arbeitsamen Arbeit der Sortieren der Toten und der lebenden Wähler erzählt. Daß hoch die Verfahren überaus nach demselben Rezepten ausreicht werden. Man erinnert sich an die Lebensgeschichte der Magolischen Toten Seelen, die dort vornehmlich die Wägen der unfrischen Gewaltherrschaften erfüllt werden.

Gut im Süden werden die Toten nicht so ernst genommen. In Toulouse ist es die Wahlkarte, die die Wähler herbeiführt. Da machten die Lebendigen eine Übergabe an die Präfektur, die sie von all den Verdrückten unternehmen lassen. Die am Wahltag aufzuwachen, unter dem Vorzeichen, daß diese Übergabe eine feste Sache ist, die nicht wieder zu tun ist. Wir hier das ganze Jahr einander, haben einen Ausgabtag bewilligen. Über wir bitten nicht um einen kühleren Tag. Ruh es denn gerade der Wahltag sein. Der Lehrer wurde in Toulouse wochenlang behält und die Toten werden lieber ein leidlich unachtsames Leben.

In den kleineren Städten und Dörfern des Südens wären so schände Gegenmittel wirkungslos. Die Methoden der verächtlichen Bürgermeister sind hier reduziert. Hier ist es vorgekommen, so erzählten mir ohne eigentliche Wut, sondern mit einem Vacheln, das nicht einmal sehr bitter war, mehrere Südransichten, daß im argsten Bedarfsfälle zwei Urnen verwendet wurden. Eine für die Wahl, die andere, wichtigere für die Zahlung der Stimmzettel. In einem kleinen Ort, wo die Wählerchaft ihrem Ratte auf die Finger leben wollte, drängten sich die Leute im Wahllokal. Die Parteien riefen sich allerlei Freundschaften zu. Ruhe an Saal! Darauf aber hatte der Wahlleiter nur gewartet, er erhob sich, richtete sich mit der Grandezza des schon penibel geschickten Behalters auf und ließ den Saal wegen Rubelkorruption raumen. Jetzt konnte man ungehindert an der Wahl arbeiten. . . Diese „Rubelkorruption“ gehört zum ewigen Bestande der südlichen Wahlen.

Die Arbeit beim Serutinum muß überhaupt eine recht mühevoll sein. Obwohl die Wählerzahl gar nicht so unübersehbar ist, wird die Fählung der Stimmzettel oder die Verdrückung des Resultats — in vielen Fällen, wo wichtige Männer in gefährlichen Situationen sind — unterbrochen und aufgehoben. Es tritt eine Wahlprüfungskommission zusammen, die erst nach einigen Tagen, wenn die erste Wählung der Wähler vorübergegangen ist, das Ergebnis bekanntgibt. . . Was Wunder, daß zu diesen hoffnungsarmen und dabei infolge ihrer Ausdehnung über einige Duzend, oft im Gebirge verstreute Ortschaften sehr anstrengenden Kandidaturen sich wenig Oppositionelle bereithalten! Hier bleibt also dem Geschlechte der Delcasse dauernd erhalten. Der Kampf, den diesmal sein Gegenkandidat führt, hat keinen Schmin. Monsieur Vondel, der gegen Delcasse mit milder Kraft kämpft, ist ein früherer Präfekt, und vielleicht läßt ihn schon dies. . . Nur ein Krieger mit unbeirrbarer Willkür könnte diesen Kampf aufnehmen.

Den Kopfhängern, die mir von diesen unabänderlichen Wählenden des Südens erzählten, habe ich entgegen, daß diesmal ein neuer Wahlschiffgeiß in Kraft tritt. Der Wähler tritt nicht mehr direkt vor den Wahlleiter, um ihm den gefalteten Stimmzettel zu übergeben, sondern er wird vorerst in eine Wahlzelle geleitet, wo er ganz isoliert ist und aus den verschiedenen Stimmzetteln den auszuwählen kann, den er in seinen Umkleekabinen will. Dieser „Votoir“ und das geschlossene Kuvvert müssen doch eine erhöhte Wahlfreiheit garantieren.

„Als Gott“ wird mir mit Resignation erwidert. „Sie werden schon was anderes ausgeheckt haben.“

Die Tradition ist eben stärker als das Gesetz, auch die Tradition des Schwindels! Heberoll im Süden Frankreichs finden ja auch Energiefälle statt, obwohl sie verboten sind. Die Heberoll werden regelmäßig bestraft! Mit — — — sechzehn Frank. Ihre Einnahme beträgt bei 10. bis 12 000 Zuschauern gegen 40 000 Frank. So stark sind die Traditionen des Südens.

— Bürgschaft für Schillers „Bürgschaft“. In Siegenar bei Chemnitz plante der Jugendausschuß einen Unterhaltungsabend. Acht Tage vor dem in Aussicht genommenen Termin wurde die Veranstaltung auf dem Gemeindeamt angemeldet. Auf die Frage, was denn vorgelesen werden sollte, führte der Anmeldende einige Volkslieder und Gedichte an, darunter Schillers „Bürgschaft“. Bei der Nennung dieses Titels rünzelte der Bestrengte plötzlich die Stirn und verlangte den Text dieses verdächtigen Opus zu sehen, woraus gefolgert werden muß, daß ihm entweder Schiller oder die „Bürgschaft“, vielleicht aber auch beides unbekannte Begriffe sind. Um ihn nun von der völligen Ungefährlichkeit des Gedichtes zu überzeugen, besorgte der anmeldende Kollege dem Bestrengten ein amtliches Volksschullese-

buch, in dem die „Bürgschaft“ abgedruckt steht. Dieser aber weit entfernt, sich damit zu beruhigen, er erklärte, das Buch möge gemerkt, das an der Schule benutzte Lesebuch, müsse die Amtshauptmannschaft zur Prüfung eingeschickt werden! So geschah es, und das Buch blieb dort. Wenige Stunden, bevor die Unterhaltung beginnen sollte, lief nun plötzlich ein Befehl der Amtshauptmannschaft ein, wonach der Vortrag nicht stattfinden dürfe! Grund: Die Anmeldung hätte mindestens 14 Tage vorher bei der Amtshauptmannschaft erfolgen müssen. — Wenden es sehr berechtigt: 14 Tage Zeit gebraucht eine königliche sächsische Regierung schon, um sich mit dem Inhalt eines schwierigen und völlig unbekanntem Gedichtes vertraut zu machen. Aber bürgt ihr schließlich für die Harmlosigkeit dieser „Bürgschaft“, in deren erster Zeile gleich etwas von einem Tyrannen steht?

— Ein Geständnis. Am Roten Tag berichtet Marie Kühn über die „Kirchennot“ und zitiert die „Positive Union“ über die Zustände in der Altmärk: „Da haben einzelne Geistliche an hohen Festtagen vier Gottesdienste hintereinander gehalten, und dabei liegen ihre Dörfer um wenige Kilometer voneinander entfernt. . . . Nun sind die Festgottesdienste wenigstens gut besucht, aber in der festlosen Zeit ist der Besuch erschreckend gering. Es ist vorgekommen, daß der Pastor überhaupt keinen Besucher in der Kirche gefunden hat. Über selbst in kirchlichen Dörfern darf man keine höhere Besuchszahl als 5 bis 12 Seelen erwarten, für die der ganze Apparat mit Pastor, Lehrer, Küster in Tätigkeit gesetzt wird, während ein monatlicher Gottesdienst für die alten Leuten genügt, da ja die jungen un schwer den Weg zum Hauptdorf machen können! Wenn das keine Verschwendung kirchlicher Mittel und Kräfte ist, wozu denn sonst? Das ist sicher nicht der Sinn der einst stiftenden Patrone gewesen, daß solcher Unsinns von Erträgnissen ihre überwiesenen Acker und Gelder aufrechterhalten wird, während die Not der Kirche immer größer wird.“

**Steckenpferd-  
Seife**  
die beste Milchemilchseife  
für zarte weiße Haut  
a Stück 50.

# Achtung!

## Gewerkschaftsvorstände!

Mittwoch den 6. Mai, abends 8 Uhr,  
bei Steppuhn in Schildlich:

## Vorstandesitzung.

Die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften und die Vorstandsmitglieder der Partei sind hiermit dringend eingeladen. Es handelt sich um die Regelung einer wichtigen lokalen Angelegenheit, die das bestimmte und pünktliche Erscheinen jedes Vorstandesmitgliedes unbedingt notwendig macht.

Der Kartellauschuß.  
Fr. Unterhalt.

## Verband der Maler Filiale Danzig.

## Öffentliche Malerversammlung

am Freitag den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn Steppuhn in Schildlich.

Tagesordnung:

1. Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung unserer Berufscollegen.  
Referent: Kollege M. Mark, Redakteur, Hamburg. [390]

2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen unserer Kollegen freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.  
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Verantwortlich für Redaktion: Anton Jsoolen, für Inserate: Franz Unterhalt, Verlag: Volkswacht J. Gehl u. Co.; sämtliche in Danzig. Druck: Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

# Persil

Das selbsttätige Waschmittel für  
Leibwäsche!

Henkel's Bleich - Soda

[355]

## Für Naturfreunde

Sonntage eines Großstädtlers  
in der Natur

Von Kurt Grottelwitz

Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche  
sowie einem Porträt des Verfassers

Vierte Auflage

Ein treuer Begleiter bei den sonntäglichen  
Wanderungen: Von der Presse lobend besprochen  
Preis gut gebunden 1 Mk.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung Volkswacht**  
Paradiesgasse 32.

## Weichsel-Königin

Seife besitzt höchste waschkraft  
infolge ihres Gehaltes an bestem  
Terpentinöl.

Überall erhältlich.

**J. M. Wendisch Nachf.,**  
Seifenfabrik, Thorn.

Komm zu mir! Ich borge Dir!

## Robert Schulz, Danzig

Schüsseldamm am 56. 1 Treppe  
Filialleiter der Firma Jonas & Co. G. m. b. H., Berlin  
Gegründet 1889.

Grosses Lager in Geschenkartikeln, Musikinstrumenten jeder Art, Sprechmaschinen, photographischen Apparaten, Haarschneidemaschinen, Rasierapparaten und Messern.  
100 000 Kunden.

Uhren, Gold- und Silberwaren

auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von  
2.00 Mk. an, bei Barzahlung 10% Rabatt.  
Kein Laden, 1. Etage. [359]

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.  
Buchhandl. Volkswacht, Paradiesgasse 32.

**Berufs-  
Kleidung**



Für alle Gewerke  
Dauerhafte Qualitäten  
billigste Preise.

**Rudolf  
Brzezinski**  
Holzmarkt 24.

Elbing

**F. Kuhn,** Wessertstr.  
Nr. 80,  
empfiehlt sein [110]  
Mut- und Mützensgeschäft.

**Central-Theater**  
Elbing, nur Brückstr. 15

Neues Programm!

Darunter  
ein Hauptschlager  
und herrliche Dramen  
sowie Humoresken.

Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

## Vollmilch

2 mal täglich.  
Sahmilch, Buttermilch.

Sahelbutter Pfd. 1,30

Käse — Bier — Sinalfo.

Friedrich Kirstein,  
Stadtegehe 23. [350]

Wäsche wird sauber gewaschen  
und im Freien getrocknet  
Jungferngasse 9, 2 Treppen rechts.